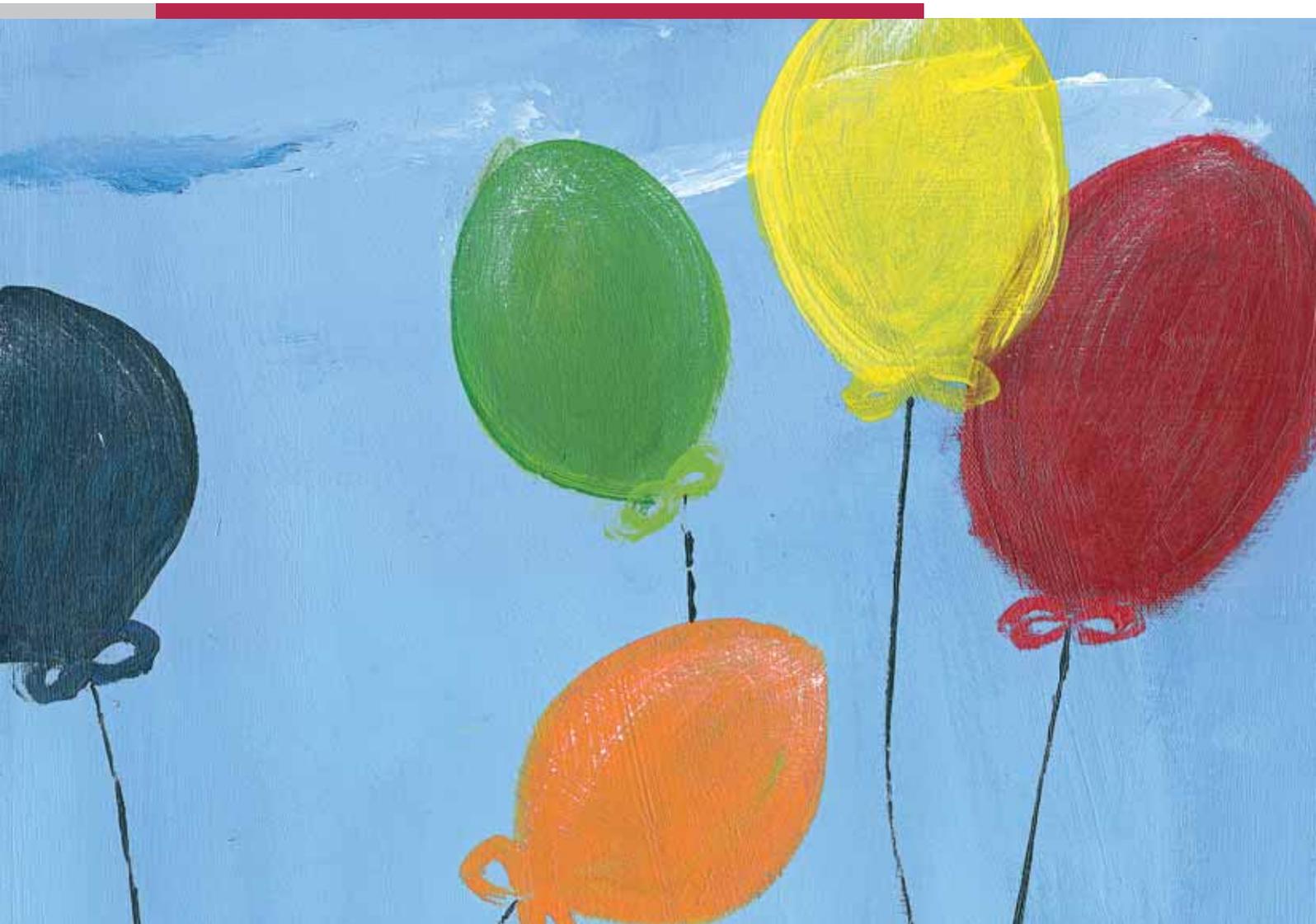




Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG

DAS LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG 2010



Soziale
Kompetenz
für Sie



TÄTIGKEITSBERICHT

*Soziale
Kompetenz
für Sie*



Landesamt für
Soziales, Jugend und
Versorgung

Tätigkeitsbericht 2010



Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

obwohl es das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung erst seit 15 Jahren gibt, konnte es 2010 einen 30. Geburtstag feiern. Als noch kaum jemand den Fähigkeiten behinderter Menschen größere Beachtung schenkte, hat unsere Vorgängerbehörde im Jahre 1980 den ersten Kalender „Behinderte Menschen malen“ herausgebracht. Im Laufe von drei Jahrzehnten entwickelte sich aus diesem kleinen Malwettbewerb ein landesweit beachtetes Projekt, das zu einem Markenzeichen der Landessozialverwaltung Rheinland-Pfalz geworden ist. Die große Geburtstagsfeier des Kalenders war ein Highlight des Jahres 2010 und wird auch in diesem Tätigkeitsbericht entsprechend gewürdigt. Außerdem haben wir zahlreiche Bilder behinderter Künstlerinnen und Künstler zur Illustration unserer Aufgabengebiete verwendet und hoffen, dass die Fröhlichkeit dieser Kunstwerke auf die gesamte Broschüre abfärbt.

Der Tätigkeitsbericht zeigt anhand von zahlreichen anderen Beispielen die Vielfalt unserer Aufgaben, die mit den Stichworten Soziales, Arbeit, Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit und Versorgung nur angedeutet werden kann. Dabei ziehen sich die Auswirkungen der demographischen Entwicklung wie ein roter Faden durch die einzelnen Berichte. Ob es um die Pflegestützpunkte geht oder um die Krankenpflegeausbildung, auf neue Bevölkerungsstrukturen müssen wir als Behörde Antworten finden. Gerade eine älter werdende Gesellschaft ist auf eine Verwaltung angewiesen, die für ihre Bedürfnisse fachkundige Beratung und

Hilfen bietet. Und um kinderfreundliche Lebensbedingungen in unserem Land zu gewährleisten, brauchen wir Fachbehörden, die sich um die Familien kümmern.

All dem gerecht zu werden ist der Anspruch des Landesamtes und der Ämter für soziale Angelegenheiten und die im Tätigkeitsbericht aufgeführten Ergebnisse des Jahres 2010 belegen exemplarisch den Erfolg unserer Anstrengungen. So kommt es nicht von ungefähr, dass der Landtag und die Landesregierung uns wieder wichtige Zukunftsaufgaben anvertraut haben wie die Durchführung des Landestariftreuegesetzes.

Immer neue Herausforderungen anzunehmen, ohne die anderen Aufgaben zu vernachlässigen, erfordert ein hohes Engagement. Ich bin dankbar, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich diesen besonderen Einsatz für die Menschen in unserem Land bringen.

Werner Keggenhoff

Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz



Geleitwort

Der demographische Wandel verändert die Bevölkerungsstruktur unseres Landes immer sichtbarer. Einerseits steigt unsere Lebenserwartung, andererseits werden weniger Kinder geboren. Mit diesem Wandel sind große Herausforderungen für die Gesellschaftspolitik verbunden. Als Behörde, die sich schwerpunktmäßig mit Hilfen für alte, behinderte und pflegebedürftige Menschen befasst, ist die Sozialverwaltung besonders gefordert. Das zeigt auch der Tätigkeitsbericht des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung für das Jahr 2010. Der Akzent liegt auf Aufgabenbereichen, die von den demographischen Veränderungen besonders betroffen sind.

In Rheinland-Pfalz steht ein flächendeckendes Netz von 135 Pflegestützpunkten zur Verfügung. Sie bieten ortsnahe und unentgeltlich Beratung und Hilfe für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Betreuungspersonen. Rheinland-Pfalz steht mit diesem Angebot im Bundesvergleich an der Spitze. Das verdanken wir auch der tatkräftigen Umsetzung durch das Landesamt.

Die Integration von schwerbehinderten Menschen in den ersten Arbeitsmarkt wurde weiter vorangebracht, die Zahl der Integrationsfirmen gesteigert und der Übergang von der Förderschule in einen regulären Beruf besser begleitet. Das erfolgreiche Integrationsprojekt „Kalender: Behinderte Menschen malen“ konnte 2010 sein 30-jähriges Bestehen feiern.

Anlässlich von 20 Jahren Konversion hat Ministerpräsident Kurt Beck im Dezember 2010 deutlich

gemacht: Der Strukturwandel in Rheinland-Pfalz ist geglückt. Rheinland-Pfalz als ehemaliger „Flugzeugträger der NATO“ hat nach dem Abzug der Streitkräfte kreative Lösungen gefunden, um vom Militär abhängige Arbeitsplätze in zivile Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Das Landesamt wird diesen Prozess auch weiter tatkräftig unterstützen.

Das Landesjugendamt war auch im Jahr 2010 in seiner beratenden Funktion stark gefordert, denn das kinderfreundliche Rheinland-Pfalz erlebt gerade beim Ausbau der Kindertagesbetreuung im „U-3-Bereich“ einen regelrechten Bau-Boom. Damit verbunden sind vielfältige Beratungstätigkeiten des Landesjugendamtes für die Träger vor Ort in konzeptionellen und fachlichen Fragen. Auch bei der Weiterentwicklung der demokratischen Alltagskultur und in der Rechtsextremismusprävention leistet das Landesamt in Kooperation mit Bund und Land vielfältige und wichtige Beiträge.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes, der Ämter für soziale Angelegenheiten und der Landesschulen für ihren engagierten Einsatz im Jahre 2010. Mit der Unterstützung dieser fachkundigen Verwaltung sind wir gut gerüstet für die weiteren Herausforderungen durch den demographischen Wandel.

Malu Dreyer
Ministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Familie und Frauen
des Landes Rheinland-Pfalz

Doris Ahnen
Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend
und Kultur
des Landes Rheinland-Pfalz

INHALT

Neue Aufgaben	6	Konversion	38
Neue Aufgaben 2010	7	20 Jahre Beschäftigungskonversion	39
Moderne Verwaltung	10	Gesundheit	40
Sozialverwaltung und demographische Entwicklung	11	Über 1.000 neue Krankenpflegekräfte	41
Leben wie alle – mittendrin von Anfang an	11	Krankenhausförderung	42
Nach der Verwaltungsreform	12	Internationales	44
2,5 Milliarden – Viel Geld – Sinnvoll eingesetzt	12	Inspektion in Brasilien	45
Gespräch mit dem Bürgerbeauftragten	13	Teleradiologisches Netz	46
Positiv in der Öffentlichkeit	13	Opferentschädigung auch bei Gewalttaten im Ausland	47
Wir bilden Fachkräfte von morgen aus	15	Ämter für soziale Angelegenheiten	48
Verfassungstag ist Beförderungstermin	16	30 Jahre mobiles Bürgerbüro – Eine Erfolgsgeschichte	49
Internationaler Frauentag	16	Qualifizierung für die Kita-Arbeit	49
Gesundheitsprävention im Landesamt	17	Reha-Tag in Landau	50
Kinder, Jugend und Familie	18	Raum für Kunst behinderter Menschen	51
Fußballturnier für Heimkinder	19	Amtsleiter verabschiedet	52
Viele Kleine	21	Abschied	52
Räume in Kindertagesstätten	22	Umzug der „Außenstelle“ in Trier	53
Transferkonferenz West – Vielfalt statt Einfalt	23	Schulen für sinnesbehinderte Menschen ...	54
Neue Aufgabe für die Leiterin des Landesjugendamtes	25	Jamboo, jamboo Afrika! – Spiel ohne Grenzen 2010	55
Soziales	26	Wir sehen anders	56
30 Jahre Kalender „Behinderte Menschen malen“ – unser Integrationsprojekt der Herzen!	27	Unsere Lehrkräfte referieren in Bulgarien	57
Hilfe aus einer Hand in der Pflege: Pflegestützpunkte	28	Integration auf Skiern	58
Wohnangebote für Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf	29	Theaterspiel mit Hörbeeinträchtigung	59
Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Integrationsfirmen	29	Neue Internetpräsenz	60
Das Integrationsunternehmen Stiftsgut Keysermühle in Klingenstein	29	Adressen	62
Übergang Schule – Beruf – Maßgeschneiderte Lösungen finden	30	Organigramm	63
Neue Wege aus der Wohnungslosigkeit	30	Impressum	64
Landespreis für vorbildliche Firmen	31		
Versorgung	34		
Wieder viele Anträge im Schwerbehinderten- Feststellungsverfahren	35		
Versorgungsverwaltung im Wandel	36		

DAS JAHR 2010

Januar Über 1.000 neue Krankenpflegekräfte Seite 41	Januar Krankenhausförderung Seite 42	1. Januar Neue Aufgaben 2010 Seite 7	1. Januar Opferentschädigung auch bei Gewalttaten im Ausland Seite 47	4. Januar Qualifizierung für die Kita-Arbeit Seite 49
29. Januar Umzug der „Außenstelle“ in Trier Seite 53	1. Februar Räume in Kindertagesstätten Seite 22	25. Februar Gesundheitsprävention im Landesamt Seite 17	26. Februar Integration auf Skiern Seite 58	6. März Fußballturnier für Heimkinder Seite 19
8. März Internationaler Frauentag Seite 16	12. März Raum für Kunst behinderter Menschen Seite 51	20. März Positiv in der Öffentlichkeit Seite 13	1. April Versorgungsverwaltung im Wandel Seite 36	Mai Das Integrationsunter- nehmen Stiftsgut Keysermühle Seite 29
1. Mai Neue Aufgabe für die Leiterin des Landesjugendamtes Seite 25	4. Mai Übergang Schule – Beruf – Maßgeschneiderte Lösungen finden Seite 30	18. Mai Verfassungstag ist Beförderungstermin Seite 16	26. Mai Amtsleiter verabschiedet Seite 52	30. Mai Jamboos, jamboos Afrika! – Spiel ohne Grenzen 2010 Seite 55
10. Juni Theaterspiel mit Hörbeeinträchtigung Seite 59	15. Juni Neue Wege aus der Wohnungslosigkeit Seite 30	1. Juli Wir bilden Fachkräfte von morgen aus Seite 15	2. Juli Gespräch mit dem Bürgerbeauftragten Seite 13	1. August Viele Kleine Seite 21
14. August Inspektion in Brasilien Seite 45	8. September Nach der Verwaltungsreform Seite 12	9. September Unsere Lehrkräfte referieren in Bulgarien Seite 57	25. September Reha-Tag in Landau Seite 50	28. September Abschied Seite 52
12. Oktober Transferkonferenz West – Vielfalt statt Einfalt Seite 23	26. Oktober Teleradiologisches Netz Seite 46	3. November Wir sehen anders Seite 56	4. November 30 Jahre Kalender „Behinderte Menschen malen“ Seite 27	5. November 30 Jahre mobiles Bürgerbüro – Eine Erfolgsgeschichte Seite 49
10. November Neue Internetpräsenz Seite 60	17. November Landespreis für vorbildliche Firmen Seite 31	Dezember Sozialverwaltung und demographische Entwicklung Seite 11	Dezember Leben wie alle – mitten- drin von Anfang an Seite 11	3. Dezember Hilfe aus einer Hand in der Pflege: Pflegestützpunkte Seite 28
8. Dezember 20 Jahre Beschäftigungs- konversion Seite 39	16. Dezember Wohnangebote für Men- schen mit Behinderung oder Pflegebedarf Seite 29	31. Dezember 2,5 Milliarden – Viel Geld – Sinnvoll eingesetzt Seite 12	31. Dezember Beschäftigung schwerbe- hinderter Menschen in Integrationsfirmen Seite 29	31. Dezember Wieder viele Anträge im Schwerbehinderten- Feststellungsverfahren Seite 35



NEUE AUFGABEN

Neue Aufgaben 2010

Berufswegekonferenzen

Eine Auswertung der Arbeit der Fachausschüsse Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) Ende 2009 hatte gezeigt, dass in der jetzigen Organisationsform behinderten Schulabgängerinnen und Schulabgängern viel zu selten Alternativen zur Werkstatt aufgezeigt werden. Mit dem Ministerium wurde vereinbart, Berufswegekonferenzen bei den Schulen einzuführen, die in Verbindung mit dem Integrationsfachdienst – Übergang Schule-Beruf und den Fachausschüssen WfbM zwei Jahre vor Schulende systematisch Alternativen zur WfbM-Beschäftigung sichten mit dem Ziel, Praktikumsplätze, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge behinderte Menschen außerhalb der WfbM zu finden. Die Berufswegekonferenzen befinden sich im Aufbau.

Aufgaben nach dem Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben

Das Landestariftreuegesetz vom 1. Dezember 2010 bringt neue Aufgaben für die Verwaltung. Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung wird zum 1. März 2011 eine Servicestelle eingerichtet, die über das Landestariftreuegesetz informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die Aufgaben der Servicestelle werden aufgrund der inhaltlichen Nähe zum Tarifregister in der Zweigstelle des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung beim Amt für soziale Angelegenheiten Trier wahrgenommen.

INTERREG IV

Die Delegation der sogenannten First-Level-Control vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung erfolgte zum 1. Juli 2010.

Die First-Level-Control umfasst die Prüfung, ob die gemäß Förderantrag nach dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung kofinanzierten Wirtschaftsgüter oder Dienstleistungen tatsächlich erbracht wurden, die in Rechnung gestellten Ausgaben in der Höhe korrekt sind, die Ausgaben im Einklang mit den Rechtsvorschriften stehen und ob die Ausgaben insgesamt rechtmäßig und ordnungsgemäß sind.

Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten für sozialpädagogische Fachkräfte in aufzuwertenden Stadtteilen

Die Aufgabe wurde vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung delegiert. Gefördert werden Projekte im Zusammenhang mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Zuschüsse im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen für Frauen

Die Delegation der Aufgabe vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung erfolgte zum 1. Januar 2010. Es geht um die Bewilligung der Landeszuwendungen einschließlich der Prüfung der Verwendungsnach-

weise für Zuschüsse zu Ein-/Wiedereingliederungsprogrammen für Frauen in den Arbeitsmarkt und für Zuschüsse zu Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Mädchen und Frauen sowie zur Verbesserung der Ausbildung von Mädchen und Frauen.

Umsetzung des Konzepts der Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz

Seit dem 1. Januar 2009 wurden die 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen in Rheinland-Pfalz auf der Grundlage der §§ 7 a und 92 c SGB XI sowie der abgeschlossenen Verträge zu Pflegestützpunkten weiterentwickelt. Mit der Umsetzung des Konzeptes ist das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung betraut.

Landesweites Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher

Vgl. Seite 49 f. Qualifizierung für die Kita-Arbeit.

Aufgabenerweiterung der Zentralen medizinischen Untersuchungsstelle (ZMU)

Die Aufgaben der ZMU bei der Feststellung gesundheitlicher Voraussetzungen für die Versetzung von Beamtinnen und Beamten in den Ruhestand wegen dauernder Dienstunfähigkeit und die Feststellung der Kausalität bei einem Dienstunfall wurden dauerhaft erweitert. Ihr obliegen nun auch die Feststellung und Anerkennung von Dienstunfallfolgen, wenn diese zur dauernden Dienstunfähigkeit führen.



MODERNE VERWALTUNG

Sozialverwaltung und demographische Entwicklung

Alle reden von der demographischen Entwicklung. Aber was bedeutet sie ganz konkret für die Landessozialverwaltung Rheinland-Pfalz? Geht die einfache Rechnung auf, dass bei geringer werdender Einwohnerzahl entsprechend weniger Verwaltung benötigt wird? Es lohnt sich, etwas genauer hinzuschauen. Da die Lebenserwartung erfreulicherweise seit Jahren steigt, wird die Zahl der Menschen im Rentenalter noch auf lange Sicht zunehmen. Behinderte Menschen, denen in der Nazidiktatur das Recht auf Leben abgesprochen wurde, erreichen das Seniorenalter. Unterstützungs- und Pflegebedarfe nehmen zu, differenzierte Angebote sind zu entwickeln. Auf das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung kommen also erhebliche Herausforderungen zu, die durch den Rückgang der Zahl der Kriegsoffer nur zu einem Teil ausgeglichen werden. Aber auch als Landesjugendamt spüren wir keine Entspannung. Zwar ist die Zahl der jungen Menschen rückläufig, aber es sind immer mehr Jugendliche und Familien, die Unterstützung benötigen. Und der Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren ist in vollem Gange. Sozialverwaltung hat also weiter Hochkonjunktur und die scheint stabil zu sein.



Leben wie alle – mittendrin von Anfang an

Integration war eines der Themen, die das Jahr 2010 bestimmt haben. Als Integrationsamt hat das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung die Aufgabe, sich für die Eingliederung behinderter Menschen in unsere Gesellschaft zu engagieren. Dies geschieht mit einigem Erfolg, wobei uns zugute kommt, dass in dieser Verwaltung eine hohe Zahl von selbst Betroffenen arbeitet.

Auch die Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln ist im Landesamt kein lediglich theoretisches Thema. Ganz selbstverständlich arbeiten bei uns Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, dem früheren Jugoslawien, der Türkei und zahlreichen anderen Ländern und bringen ihre besonderen Erfahrungen und gelegentlich auch ihre Sprachkenntnisse ein. Zu unserem Auftrag als Landesjugendamt gehören auch die Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Nach der Verwaltungsreform

Am 8. September 2010 beschloss der Landtag Rheinland-Pfalz die Gesetze zur Kommunal- und Verwaltungsreform. Dem war eine umfangreiche Bürgerbeteiligung vorausgegangen. Mit der Reform wurden auch einige Aufgaben des Landesamtes kommunalisiert, bei denen eine ortsnahe Erledigung wichtiger erschien als die Bündelung der Fachkompetenz. So werden künftig nicht apothekenpflichtige Medikamente durch kommunale Bedienstete überwacht und die Kreisveterinärinnen und Kreisveterinäre prüfen auf dem Bauernhof, wie mit den Tierarzneimitteln umgegangen wird.

Vor allem aber hat die Kommunal- und Verwaltungsreform den Aufgabenbestand des Landesamtes und der Ämter in seinem Kernbereich bestätigt. Rheinland-Pfalz setzt weiter auf diese Fachverwaltung, die nun auf 15 Jahre ihres Bestehens zurückblicken kann.

Zu diesem fachlichen Selbstverständnis gehört auch, dass die Abgabe von Aufgaben an die kommunale Ebene geordnet erfolgt. Daher fand am 29. November 2010 im Landesamt eine Übergabekonferenz statt, bei der mit rund 100 Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen die Voraussetzungen für eine möglichst reibungslose Übernahme der Zuständigkeiten geschaffen wurden.

Besprochen wurden ganz praktische Dinge wie der Aktentransport und der EDV-Datentransfer. Es wurden außerdem Ansprechpartner und -partnerinnen benannt, die über Anfangsschwierigkeiten hinweghelfen können.

2,5 Milliarden – Viel Geld – Sinnvoll eingesetzt

2,5 Milliarden Euro sind eine gewaltige Geldsumme, die unsere Vorstellungskraft übersteigt. Die Verantwortung für diese Mittel aus dem Landes- und dem Bundeshaushalt sowie dem Haushalt der EU hat dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung wieder zahlreiche Besuche von Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfern eingebracht. Aber was geschieht eigentlich mit diesem Geld? Hier sind ein paar Beispiele.

Im Vordergrund stehen die Leistungen für Persönliche Budgets für behinderte Menschen und für deren Förderung in stationären und teilstationären Einrichtungen. Insgesamt standen für diese Eingliederungshilfe im Haushaltsjahr 2010 rund 695 Millionen Euro zur Verfügung. Im Bereich der stationären und teilstationären Hilfen für pflegebedürftige Menschen – z. B. in Altenpflegeheimen – wurden rund 138 Millionen Euro eingesetzt.

Für die pauschale Krankenhausförderung wurden 51,2 Millionen Euro ausgezahlt. Dabei beliefen sich die einzelnen Beträge auf 24.000 Euro bis 3.155.000 Euro. Davon kaufen die Krankenhäuser u. a. medizinische Großgeräte wie Kernspintomographen und finanzieren Ausbildungsplätze.

Zahlreiche Selbsthilfegruppen erhielten eine finanzielle Unterstützung. Dabei kann schon ein Betrag von 125 Euro eine wichtige Hilfe sein.

Mit der Unterstützung aus dem Landesamt wird die Arbeit der Krebsgesellschaft Rheinland-Pfalz e. V., des Tumorzentrums Rheinland-Pfalz e. V., der AIDS-Hilfen und vieler anderer auf eine solide Basis gestellt.



In Rheinland-Pfalz gibt es rund 2.500 Kindertagesstätten. Eine durchschnittliche Kita mit vier Gruppen erhält im Jahr rund 182.000 Euro Personalkostenzuschuss des Landes. Insgesamt wurden 388 Millionen Euro für die Kindertagesstätten eingesetzt.

Für die Förderung begabter junger Musikerinnen und Musiker in den vier Landesjugendmusikensembles standen 306.000 Euro zur Verfügung.

Mit 9 Millionen Euro wurden Investitionen für behinderte Menschen ermöglicht, vor allem um ältere Einrichtungen zu modernisieren.

Die Arbeit der 17 Frauenhäuser in Rheinland-Pfalz wird jeweils mit 79.224 Euro auf eine gute finanzielle Basis gestellt.

Dazu kommen die Rentenzahlungen an Kriegssopfer und Opfer von Gewalttaten, die Leistungen für die Unterbringung im Maßregelvollzug, die Förderung der Beratungsstellen und vieles mehr.

Den Gesamtausgaben von 2,5 Milliarden steht ein Aufwand für die 1.060 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 45 Millionen Euro gegenüber – nicht einmal 2 %.

Gespräch mit dem Bürgerbeauftragten

Der neue Bürgerbeauftragte Dieter Burgard war am 2. Juli 2010 im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in Mainz zu Gast. Er kam auf Einladung von Präsident Werner Keggenhoff zu einem Kennenlerngespräch in das Dienstgebäude, das er noch im alten Zustand vor der Totalsanie-



rung in Erinnerung hatte. Als langjähriger Leiter einer Tagesförderstätte bringt der neue Bürgerbeauftragte vielfältige Erfahrungen aus dem Sozialbereich mit. Angesichts der großen Zahl von Petitionen, die sich auf die Aufgaben unserer Verwaltung beziehen, ist auch in Zukunft mit häufigem Schriftverkehr mit Herrn Burgard zu rechnen. Beide Gesprächspartner stimmten überein, dass die Zusammenarbeit mit dem Bürgerbeauftragten überwiegend reibungslos klappt.

Positiv in der Öffentlichkeit

Es ist gar nicht so leicht für eine Sozialbehörde, positiv in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Bei ordnungsgemäßer Anwendung der Gesetze sind Entscheidungen unvermeidbar, die nicht den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Und wer das bekommt, was er beantragt hat, geht im allgemeinen schnell zur Tagesordnung über. Da die Sozialverwaltungen aller Länder sich in dieser Situation befinden, hatte das Landesamt Pressesprecherinnen und Pressesprecher unserer Partnerbehörden zu einem Treffen am 1. Juni 2010 eingeladen. Immerhin acht Länder waren bei der Zusammenkunft vertreten: Berlin,



Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen und Rheinland-Pfalz, ein gutes Ergebnis angesichts großer struktureller Unterschiede in den Landesverwaltungen. Einen Tag lang tauschte man sich aus über den richtigen Umgang mit den Medien. Auch die unterschiedlichen Publikationen, wie z. B. Tätigkeitsberichte, wurden verglichen und die Produkte der anderen auf Nachahmenswertes hin untersucht.

Mit diesen neuen Impulsen versehen lud die Pressestelle am 7. Juli 2010 wieder Journalistinnen und Journalisten zu einem Gespräch, bei dem der neueste Tätigkeitsbericht vorgestellt wurde. Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen zeigten sich an unseren Aufgaben interessiert und berichteten ausführlich darüber. Dabei standen vier Themen im Mittelpunkt: Sozialverwaltung in Zeiten der Wirtschaftskrise, der besondere Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen, der Ausbau der Kitaplätze für unter 3-jährige und die erfreuliche Entwicklung bei der Zahl der Ausbildungsplätze im Altenpflegebereich.

Natürlich war das Landesamt auch 2010 wieder auf Ausstellungen präsent.

So konnte zahlreichen Besucherinnen und Besuchern an unserem Stand auf der CeBIT und durch einen Vortrag des Vizepräsidenten Detlef Placzek das Qualitätsmanagement des Amtes erläutert werden.

Natalie Liesenfeld, Controllerin des Landesamtes, präsentierte das Qualitätsmanagement der Behörde bei einem Finanzworkshop am 8. Juni 2010 in Düsseldorf.

Auch beim 9. Multimediakongress des Landes Rheinland-Pfalz am 2. September 2010 in Ludwigshafen fand unser Qualitätsmanagement Beachtung.

Schon zur Tradition geworden ist der Stand des Integrationsamtes auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung, die jedes Jahr Mitte März neun Tage lang in

Mainz stattfindet. Neben Informationen für schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes und der Ämter für soziale Angelegenheiten vor allem auch Fragen zum Schwerbehindertenfeststellungsverfahren. Ein Höhepunkt war die Vorstellung des Pinsel- und Bürstenmacherhandwerks, das an unserer Landes- schule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied erlernt werden kann. Auszubildende zeigten den Besucherinnen und Besuchern ihr Können.

Wir bilden Fachkräfte von morgen aus

Am 1. Juli 2010 konnte Präsident Werner Keggenhoff im Sitzungssaal des Landesamtes in Mainz 12 Auszubildende mit abgeschlossener Laufbahnprüfung und 18 neue Auszubildende begrüßen. Es waren so viele junge Leute wie nie zuvor. Angesichts einer Altersstruktur mit einem Durchschnittsalter von 48 Jahren ist die personelle Erneuerung besonders wichtig. Es ist mittlerweile gute Tradition, dass Angehörige die Auszubildenden zu der Feierstunde begleiten. In seiner Begrüßungsrede führte Herr Keggenhoff unter anderem aus: „Die Umstellung auf so einen neuen Abschnitt fällt nicht jedem ganz leicht, das ist meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mir wohlbekannt, und darum unternehmen wir eini-

ges, damit das ein erfolgreicher Start wird. Bei uns werden Sie nicht ins kalte Wasser geworfen, zumindest steht immer noch einer mit einem Rettungsring am Beckenrand. Sie werden auch nicht in Watte gepackt, wir erwarten etwas von Ihnen, aber nichts, was Sie nicht mit Einsatz und gutem Willen leisten können. Bei uns warten viele interessante und anspruchsvolle Aufgaben auf Sie, dazu werde ich gleich noch ein paar Beispiele geben. Die erste Aufgabe ist so leicht, dass Sie sie gleich heute erledigen – Sie sollen unseren Altersdurchschnitt senken und das tun Sie bereits.“

Sodann wurden die Ernennungsurkunden und Verträge ausgehändigt und die erforderlichen Vereidigungen vorgenommen. Die neuen Auszubildenden trafen sich vom 5. bis 9. Juli 2010 zu der jährlichen Einführungswoche, die diesmal auf der Marienburg bei Zell stattfand.

Auch in diesem Jahr erhielten wieder alle Nachwuchskräfte mit den Unterlagen die Anstecknadel mit dem Logo des Landesamtes und den neuesten Tätigkeitsbericht. Wie in den vergangenen Jahren gehörte der Nachwuchs zu den Ersten, die den druckfrischen Bericht in ihren Händen hielten.

Präsident Keggenhoff wünschte den geprüften Auszubildenden viel Erfolg bei den neuen Aufgaben und den Neuen alles Gute für die Ausbildung.





Verfassungstag ist Beförderungstermin

Auch wenn der Stellenplan und das Personalkostenbudget enge Grenzen setzen, am rheinland-pfälzischen Verfassungstag konnten 34 Beamtinnen und Beamte eine Beförderungsurkunde entgegennehmen. Am 18. Mai 2010 kamen dabei besonders auch jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Zuge.

Internationaler Frauentag

Aus Anlass des internationalen Frauentags wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am 8. März 2010 in Koblenz zum „Tag des Rechts“ eingeladen.

In lockerer Reihenfolge referierten und diskutierten Vertreterinnen und Vertreter des Genetischen Instituts der Universität Mainz, der Staatsanwaltschaft Koblenz und der Deutschen Rentenversicherung mit den Anwesenden. Prof. Dr. Erwin Schmidt, Universität Mainz, gab einen spannenden Bericht über die Möglichkeiten der Gentechnik. Fazit war: Wir müssen damit leben, dass die Büchse der Pandora geöffnet wurde, aber entgegen der griechischen Mythologie sei nicht nur alles Schlechte über unsere Welt gebrochen.

Dr. Lenz von der Staatsanwaltschaft Koblenz informierte zu einem völlig anderen, aber nicht weniger bedeutenden Thema – zu den Häusern des Jugendrechts in Rheinland-Pfalz. Das erste Haus des Jugendrechts wurde 2005 in Ludwigshafen eröffnet und später zwei weitere in Mainz und Kaiserslautern. Diese Häuser sind am Sitz der Polizeipräsidien angesiedelt und bewirken durch die gemeinsame Arbeit der Jugendgerichtshilfe, der Polizei und der Staatsanwaltschaft, dass das Ermittlungsverfahren für jugendliche Straftäterinnen und Straftäter deutlich verkürzt wird. Durch die schnelle Aufklärung des Sachverhalts können Maßnahmen individuell auf die Bedürfnisse der einzelnen Täterin bzw. des einzelnen Täters abgestimmt und umgesetzt werden, mit dem beabsichtigten Effekt, zukünftiges delinquentes Verhalten zu verhindern.

Den Schluss des Vortragsreigens bildete das Referat von Herrn Jagst von der Deutschen Rentenversicherung. Es riesterte und den Zuhörerinnen und Zuhörern, die je nach Vortrag sich immer wieder neu formierten, rauchte der Kopf. Die schwierige komplexe Materie in kurzer Zeit so zu vermitteln, dass die Zuhörenden das für sie Wichtige rausfiltern konnten, gelang mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation und vielen Nachfragen.



Gesundheitsprävention im Landesamt

In einem Landesamt, das die obere Gesundheitsbehörde ist, darf die Gesundheitsprävention für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu kurz kommen. Mit zahlreichen gesundheitsfördernden Angeboten unterstützen wir die Belegschaft in ihrem Bemühen, in guter Form zu bleiben.

Am 25. Februar 2010 fand in Mainz der 3. jährliche Gesundheitstag des Landesamtes statt. Zahlreiche Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen informierten und testeten und gaben anschauliche Beispiele für gesundes Verhalten. Ein Angebot zeigt auf jeden Fall Langzeitwirkung. Die Business Massage, die von einem Masseur präsentiert wurde, wird seit dem 1. März 2010 im Landesamt in Mainz und seit September auch im Amt für soziale Angelegenheiten Mainz einmal wöchentlich angeboten. An einem festen Wochentag kommt der Masseur zu interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins Büro und führt dort eine arbeitsplatzorientierte Massage von acht Minuten durch. Die Kosten von sechs Euro trägt die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter, die Dienststelle bewertet die Massage als Arbeitszeit. Außerdem fand vier Wochen lang an jedem Montag und Mittwoch im März von 15-16 Uhr ein Rückenkurs im benachbarten Bewegungszentrum statt. Über 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzten das Angebot und stärkten (während ihrer Arbeitszeit) den Rücken und ihre

Leistungsfähigkeit im Alltag. Dies sind nur wenige Beispiele von ganz vielen Angeboten rund um das Thema Gesundheit und Wohlbefinden. So können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fit halten, um auch im vorgerückten Alter noch erfolgreich ihren Dienst zu verrichten.



KINDER, JUGEND UND FAMILIE

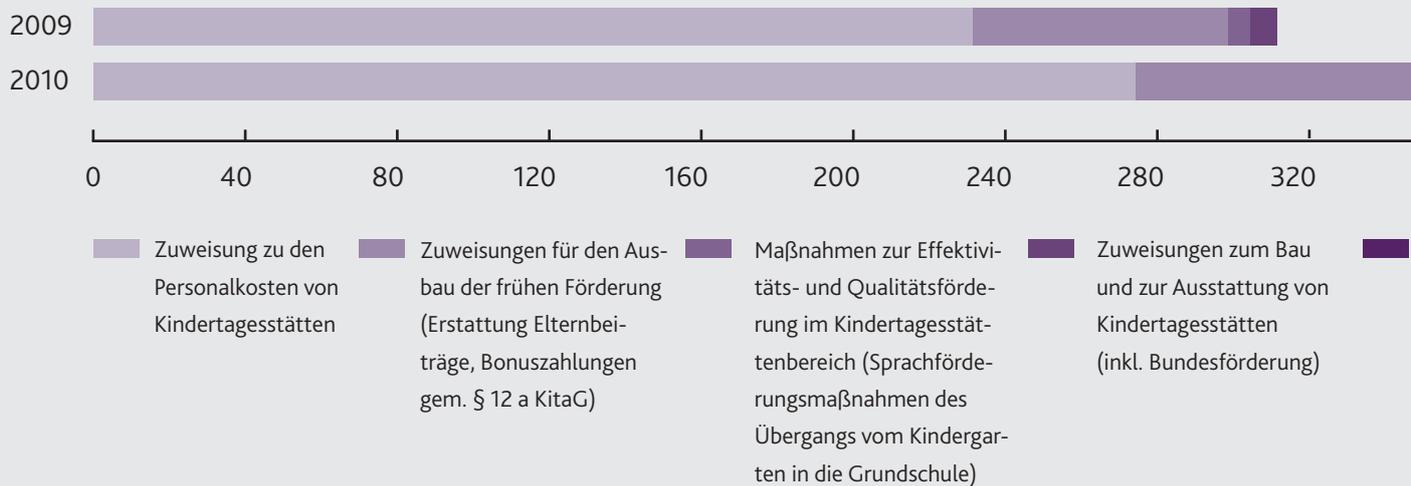
Fußballturnier für Heimkinder

Bereits zum 5. Mal fand am 6. März 2010 unter der Schirmherrschaft des Landesjugendamtes das beliebte Hallenfußballturnier der stationären und teilstationären Jugendhilfeeinrichtungen statt. Veranstalter war in diesem Jahr das Kinderheim St. Nikolaus in Landstuhl, dessen Jugend-Mannschaft im vergangenen Jahr gewonnen hatte. Trotz des erneuten Wintereinbruchs mit sehr viel Schnee und glatten Straßen waren auch die aus der Eifel weit angereisten Mannschaften fast pünktlich zum Turnierbeginn da und starteten hoch motiviert in das Turnier.

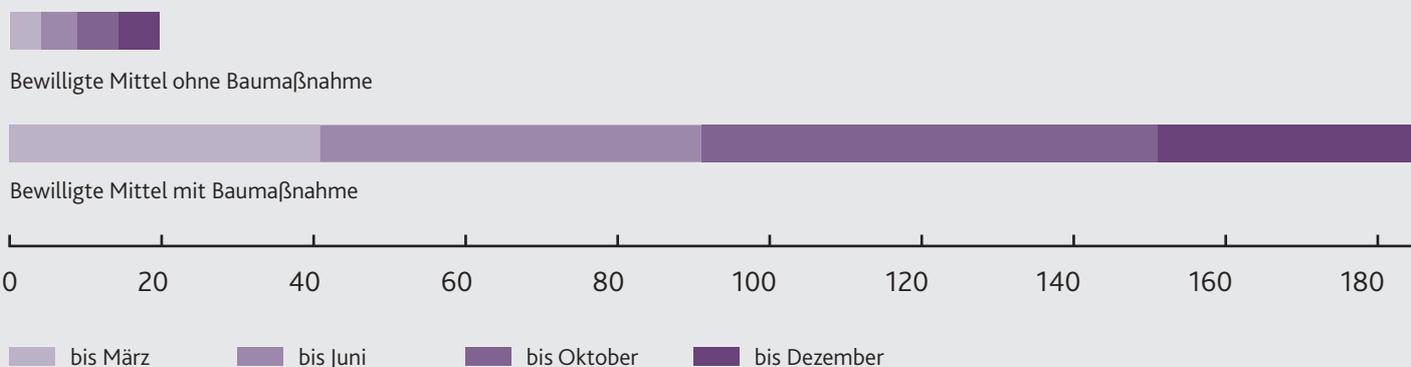
Das Turnier geht auf eine Initiative des Landesjugendamtes zurück und wurde 2006 anlässlich des 50jährigen Jubiläums aus der Taufe gehoben. Diesmal konnten sich 18 Mannschaften in fairem Wettstreit messen. Der Siegerpokal für die Jüngeren blieb beim ausrichtenden Kinderheim St. Nikolaus, bei den Älteren setzte sich das Team des Jugendheims Mühlkopf aus Rodalben durch.



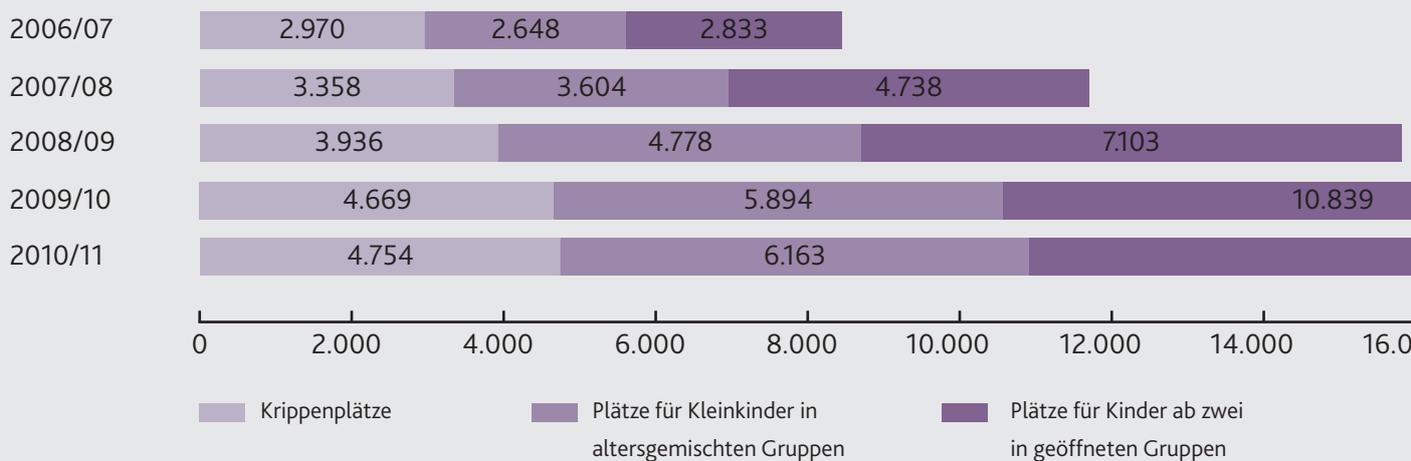
Kindertagesstätten – Tatsächliche Zahlungen

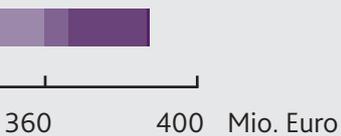


Kindertagesstätten – Bau- und Ausstattungskostenzuschuss im Rahmen der Bundesförderung

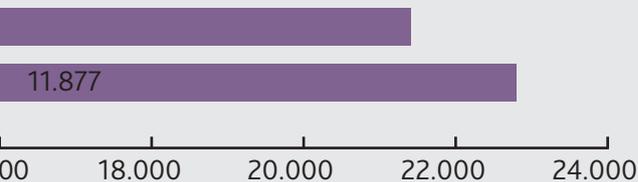
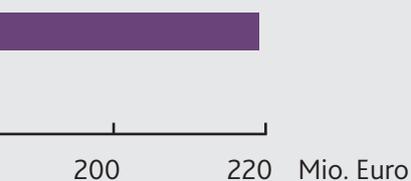


Kindertagesstätten – Entwicklung der Plätze für Kleinkinder





Landesprogramm
Erzieherfortbildung und
Fortbildung der Sprach-
förderkräfte



Viele Kleine

Im Jahr 2030 wird Deutschland Europas Rentnerrepublik sein, so eine Feststellung des Europäischen Statistikamtes Anfang des Jahres 2010. Die Zahl der jungen Menschen nimmt immer stärker ab, die Zahl der Älteren zu. Man könnte meinen, dies bedeute gleichzeitig auch weniger Arbeit für das Kita-Referat des Landesamtes. Doch hier ist von einer Entlastung durch den demographischen Wandel nichts zu spüren. Im Gegenteil, durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab zwei Jahren, der seit dem 1. August 2010 in Rheinland-Pfalz gilt, sowie die ebenfalls seit August 2010 geltende Beitragsfreiheit für den Kitaplatz ab vollendetem zweiten Lebensjahr steigt die Nachfrage nach Betreuungsplätzen insbesondere für diese Altersgruppe stetig. Bis zum Jahr 2013 soll für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Platz in einer Kindertageseinrichtung zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund nahm die Zahl der Plätze für Kinder unter drei Jahren von ca. 15.800 im Kindergartenjahr 2008/2009 auf bereits 21.400 im Kindergartenjahr 2009/2010 zu. Das Landesamt hat die dazu erforderlichen Baumaßnahmen 2010 mit rund 20,6 Millionen Euro gefördert, was eine Ausgabensteigerung um 192 % im Vergleich zum Vorjahr darstellt.

Ein Beispiel für die zahlreichen großen und kleinen Baumaßnahmen steht auf dem Mainzer Lerchenberg. Am 10. September 2010 fand die Einweihung des Erweiterungsbaus der ZDF-Kita statt, der vom Landesamt mit 253.900 Euro für drei zusätzliche Gruppen gefördert wurde. Doch nicht nur die Investitionsvorhaben werden gefördert. Insgesamt wurden im Jahr 2010 für die rund 2.500 Kindertagesstätten vom Landesamt und den Zweigstellen rund 388 Millionen Euro ausgezahlt, davon rund 350 Millionen Euro für Personalkostenzuschüsse und die Übernahme von Elternbeiträgen. Die weiteren 38 Millionen Euro verteilen sich auf die Investitionskostenzuschüsse sowie Bonuszahlungen, das Erzieherfortbildungsprogramm und Sprachfördermaßnahmen. Vor allem durch die zusätzlichen Förderungen für Kindertagesstätten durch das Landesprogramm „Zu-

kunftschanse Kinder – Bildung von Anfang an“ entwickeln sich diese Aufwendungen seit 2006 sehr dynamisch, nämlich von 265 Millionen Euro in 2008 über 311 Millionen Euro in 2009 auf nun rund 388 Millionen Euro in 2010. Wir lassen uns das kinderfreundliche Rheinland-Pfalz auch etwas kosten.

Räume in Kindertagesstätten

Überall werden Kindertagesstätten neu geplant – aber wie baut man richtig? Nicht alles, was Architektinnen und Architekten schön finden, eignet sich für die pädagogische Arbeit mit Kindergartenkindern.

„Räume in Kindertagesstätten – Innen- und Außenperspektiven“ war daher der Titel einer Tagung am 1. und 2. Februar 2010 im Erbacher Hof in Mainz. Eingeladen und gekommen waren Trägervertreterinnen und Trägervertreter, Pädagoginnen und Pädagogen, Architektinnen und Architekten und weitere Bau- und Planungsverantwortliche. Die Tagung hatte eine außergewöhnliche Teilnehmerzusammensetzung und das aus gutem Grund: die Baumaßnahmen in Kitas boomen. Der Ausbau von Plätzen für unter Dreijährige ist es vor allem, der einen Austausch über Bau- und Raumkonzepte notwendig macht.

Insgesamt diskutierten knapp 150 Fachleute aus ihrer jeweiligen professionellen Sicht, wie Räume für Kinder geplant und gestaltet werden sollten. Die Grußworte von Ottmar Miles-Paul, dem Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz, und Dr. Richard Hartmann, Abteilungsleiter im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, verdeutlichten die enormen Anstrengungen, die Rheinland-Pfalz in beiden Bereichen unternimmt.

Vier Vorträge von Pädagoginnen und Pädagogen und Architektinnen und Architekten machten dem interessierten Publikum die Breite des Feldes deutlich. Allein die Bauvorgaben für Fenster können vier DIN A 4-Seiten umfassen, das lernten die



Pädagoginnen und Pädagogen. Wie viel schon kleine Kinder an Erkundungs- und Bewegungsdrang haben, das lernten die Ingenieurinnen und Ingenieure. Immer wieder, vor allem in den zahlreichen Arbeitsgruppen, wurden die unterschiedlichen Prämissen diskutiert und gemeinsame Ziele identifiziert.

Gemeinsame Planungsrunden von Anfang an unter Berücksichtigung des Nötigen und Möglichen vermeiden nicht nur Ärger und Frustrationen sondern auch hohe Folgekosten. Nachträgliche Änderungen an Bauten sind weitaus kostspieliger als fundierte gemeinsame Planungen – so ein Fazit der zwei Tage.

Ergänzend und fortführend zu dieser Tagung beschloss der Landesjugendhilfeausschuss am 21. Juni 2010 die Orientierungshilfe „Raumkonzepte für Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz“, die Anregung und Unterstützung bei der Planung und Raumgestaltung von Kindertagesstätten sein kann.





Transferkonferenz West – Vielfalt statt Einfalt

Das Landesjugendamt arbeitet seit rund zehn Jahren mit nunmehr fünf Sonderprojekten im Rahmen der Rechtsextremismusbekämpfung. Die Schwerpunktprogramme und -maßnahmen haben sich seit 2001 weiter ausdifferenziert. Die bisherige Erfahrung spiegelt sich sowohl in der Einzelfallarbeit als auch in einer umfangreichen Netzwerkarbeit. Kooperiert wird dabei mit allen gesellschaftlich relevanten Institutionen auf Landes- und der lokalen Ebene.

- Das Aussteigerprogramm (R) Auswege – Hotlinebasierte Einzelfallhilfe
- „Die Elterninitiative gegen Rechts – Hilfen für Eltern mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen“
- Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus – gemeinwesenorientierte Intervention zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Widerstandes. Zusätzliches Angebot des Beratungsnetzwerkes ist die im Jahr 2010 eingerichtete Opferberatungsstelle in Kooperation mit der Opfer- und Täterhilfe Outh e.V.
- „Rückwege“ – aufsuchende Hilfe mit arbeitsmarktlcher Komponente für rechtsextremistisch orientierte junge Menschen
- „komplex – rheinland-pfälzische Kommunikationsplattform gegen Rechtsextremismus“

Seit der Einführung der Bundesprogramme im Jahr 2007 ist eine große Bandbreite von bundesweiten und regionalen Projekten zur Demokratieerziehung und zur Rechtsextremismusintervention/-prävention entstanden, deren Bilanzierung im Sommer 2010 auf der Agenda stand. Die Regiestelle des Bundes für die Förderprogramme bat das Landesjugendamt, eine regionale Auswertungstagung durchzuführen. Ein Ziel sollte dabei auch sein, den Wissenstransfer zwischen den Programmen, den Akteurinnen und Akteuren sowie den Bundesländern zu fördern. Eingeladen waren Aktive der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ aus den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie Interessentinnen und Interessenten für die neue Förderrunde. Rund 100 von ihnen folgten am 12. Oktober 2010 der Einladung des Landesjugendamtes in die Akademie der Wissenschaften und der Literatur nach Mainz. Den bisherigen Programmbeteiligten diente die Tagung zur Reflexion. Die „neuen“ Akteurinnen und Akteure erhielten Informationen und Anregungen von erfahrenen Programmpartnerinnen und -partnern und konnten hilfreiche Kontakte knüpfen.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Nachbarländer machte Dr. Richard Hartmann für Rheinland-Pfalz deutlich, dass mit den heutigen Bundesprogrammen der Weg von den 2001 ins Leben gerufenen Vorläuferprogrammen – in Rheinland-Pfalz gehört außerdem die Aussteigerberatung (2001) und die Elternberatung (2004) dazu – konsequent weiter beschritten wurde. „Es kommt darauf an, die Zivilgesellschaft zu aktivieren und Demokratie aktiv zu

leben", stellte er fest. So ist im Rahmen der Bundesprogramme allein in Rheinland-Pfalz ein Beratungsnetzwerk mit 30 Netzwerkmitgliedern und sechs lokalen „Beratungsknoten“ entstanden. Bisher wurden mehr als 80 rechtsextremistisch motivierte Vorfälle bearbeitet. Seit 2010 ist darüber hinaus eine Opferberatung bei einem freien Träger implementiert worden. 2007 sind zwei Modellprojekte und drei Lokale Aktionspläne (LAP) hinzugekommen, 2010 zwei weitere neue LAP in Pirmasens und Altenkirchen.

„Rechtsextremismus ist nicht nur ein lokales oder regionales Problem“, so Dr. Hartmann. Er verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Bundesförderung auch über 2013 hinaus sichergestellt wird. Denn nur so sei die Bandbreite und Qualität der Aktivitäten zukünftig zu erhalten.

Die Ergebnisse der Transferkonferenz wurden am 21./22. Oktober 2010 in die Bundeskonferenz in Berlin eingespeist.





Neue Aufgabe für die Leiterin des Landesjugendamtes

Auf ihrer Arbeitstagung vom 24. bis 26. März 2010 in Stuttgart wählten die Leitungen der bundesdeutschen Landesjugendämter Birgit Zeller, Leiterin des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz, einstimmig für die kommenden vier Jahre zur neuen Vorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende Dr. Robert Sauter hat seine aktive Dienstzeit beendet. Erfreulich ist die in dieser Wahl zum Ausdruck kommende Bestätigung der Arbeit unseres Landesjugendamtes. Mit der Vorsitzübernahme zum 1. Mai 2010 wechselte auch die Geschäftsführung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (BAG Landesjugendämter) nach Mainz. Diese liegt bei Carina Hormesch.

Die BAG Landesjugendämter ist ein Zusammenschluss der 17 Landesjugendämter (zwei in Nordrhein-Westfalen), die in ihrem jeweiligen Einzugsbereich überörtliche Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen. Die Mitglieder der BAG Landesjugendämter haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsame Verfahrensweisen und Grundsätze für die Jugendhilfe im Bundesgebiet zu entwickeln. Die BAG wendet sich mit Stellungnahmen, Empfehlungen und Arbeitshilfen an die Fachöffentlichkeit und nimmt zur Gesetzgebung im Bereich der Jugendhilfe auf Bundesebene Stellung. Auf diese Weise trägt sie zu einer bundesweit einheitlichen Handhabung des SGB VIII bei. Ein aktueller Schwerpunkt ist die Planung und Durchführung der Imagekampagne für Jugendämter (Informationen unter www.unterstuetzung-die-ankommt.de).

Weitere Informationen zur BAG finden sich unter www.bagljae.de.





SOZIALES

30 Jahre Kalender „Behinderte Menschen malen“ – unser Integrationsprojekt der Herzen!

Für das Jahr 1981 brachte das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung erstmals einen Kalender „Behinderte malen“ heraus. Von Anfang an standen die künstlerischen Werke behinderter Menschen in ihrer großen Farbenpracht, Kreativität und Individualität im Vordergrund.

Was damals als kleines Projekt – im Rahmen der Fortschreibung der Psychiatrieenquete – begann, wurde Jahr für Jahr größer und professioneller und erscheint nun in hochwertigem Druck mit einer Auflage von 25 000 Exemplaren.

Der Malwettbewerb und die Preisverleihung wurden mit einem großen Geburtstagsfest gefeiert. Am 4. November 2010 trafen sich in der Alten Lokhalle in Mainz Malerinnen und Maler, Freunde und Förderer, Sponsoren und Wegbegleiter, um das dreißigjährige Bestehen des Kalenders „Behinderte Menschen malen“ zu begehen.

Der Jubiläumskalender wurde vom Landesbehindertenbeauftragten Ottmar Miles-Paul, dem Vorstandsvorsitzenden der AOK Rheinland-Pfalz Walter Bockemühl, unserem Präsidenten des Landes-

amtes für Soziales, Jugend und Versorgung Werner Keggenhoff und der FIFA-Botschafterin für die Frauenfußballweltmeisterschaft 2011 Sandra Minnert vorgestellt. Im Mittelpunkt stand die Auszeichnung der Preisträgerinnen und Preisträger, die es mit ihren Bildern in den Kalender geschafft haben. Mit rund 300 ganz besonders willkommen geheißenen Gästen, einer ersten Präsentation der damit verbundenen Wanderausstellung 2011 von 120 Bildern und einer großen und echten Geburtstagstorte kam eine lebendige Jubiläumsfeier zustande. Passend zum Jubiläum war das Thema des neuen Kalenders „Geburtstag“ und dies fand sich in den Werken in beeindruckender Weise wieder.

Werner Keggenhoff zeigte sich ein wenig stolz, dass das erfolgreiche Integrationsprojekt „Behinderte Menschen malen“ schon dreißig Jahre besteht – auf jeder Ebene getragen von den beteiligten Menschen. Aus vielen Gesprächen sei ihm bekannt, „dass behinderte Menschen mit dem landesweit verbreiteten Kalender sehr viel Freude bereiten“. Miles-Paul und Keggenhoff dankten den Künstlerinnen und Künstlern und allen, die am Kalender mitgewirkt haben, vor allem der AOK Rheinland-Pfalz, die den Kalender seit Jahren freundlich unterstützt, der Lotto-Stiftung Rheinland-Pfalz, der Sparda Bank und der Jury, die die



Preisträger ausgewählt hat. Der Kalender hat seit einigen Jahren eine hoch engagierte, vierköpfige Jury aus Künstlerinnen und Künstlern, die aus den weit über tausend eingereichten Bildern jedes Jahr die Preisträgerinnen und Preisträger aussucht. Wahrlich keine leichte Aufgabe.

Neben den Malerinnen und Malern war die zweifache Frauenfußballweltmeisterin Sandra Minnert der Star der Veranstaltung. Sie warb vor allem für eine tolle Frauenfußballweltmeisterschaft 2011 in Deutschland. Nach dem Interview, das Werner Keggenhoff mit ihr führte, war sie für den Rest der Veranstaltung mit dem Schreiben von Autogrammen und Signieren von Kalendern voll beschäftigt.

„Wir zehren ein ganzes Jahr davon, bei diesem Geburtstag dabei gewesen zu sein“ und „Die Bilder rühren an – manchmal zerreißt es einem das Herz“, diese Worte von Teilnehmern am Geburtstag des Kalenders spiegeln die Ereignisse wider.

Hilfe aus einer Hand in der Pflege: Pfleigestützpunkte

In Rheinland-Pfalz steht ein flächendeckendes Netz von 135 Pfleigestützpunkten zur Verfügung, die mit fachlich geschultem Personal unentgeltlich Hilfe rund um das Thema Pflege leisten. Damit steht unser Land im Bundesvergleich an der Spitze. Die Pfleigestützpunkte helfen mit einem auf den individuellen Bedarf zugeschnittenen umfassenden Beratungsangebot insbesondere dabei, dass Pflegebedürftige möglichst lange in der vertrauten Umgebung leben können. Daher werden auch deren Angehörige und gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer beraten.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist mit den Pflege- und Krankenkassen, den Landkreisen und kreisfreien Städten Kostenträger der Pfleigestützpunkte und für deren Betrieb verantwortlich. Es führt den Vorsitz in der für Grundsatzfragen zuständigen ständigen Arbeitsgruppe der an den Stützpunkten beteiligten Organisationen.



Beispielsweise starteten die vier Pfleigestützpunkte in Koblenz am 3. Dezember 2010 mit einer Eröffnungsfeier, bei der interessierte Bürgerinnen und Bürger ausführlich Einblick in die Arbeit der Pflegeberaterinnen und Pflegeberater nehmen konnten.

Diese sind mit den Hilfsangeboten der unterschiedlichen Dienste und Einrichtungen vertraut, zu denen ambulante Pflegedienste, Essen auf Rädern, Hilfsmittel, Hausnotruf, Selbsthilfegruppen, betreutes Wohnen und Pflegeheime zählen. Ebenso kann Auskunft über die gesetzlichen Hilfen und Finanzierungsmöglichkeiten erteilt und Unterstützung bei der Antragstellung geleistet werden.

In den vier Koblenzer Stützpunkten gibt es neun feste Ansprechpartnerinnen und -partner, die alle zur Pflegeberaterin oder zum Pflegeberater qualifiziert wurden. Sie beraten nicht nur in den Stützpunkten, sondern auf Wunsch gerne auch im häuslichen Bereich der Pflegebedürftigen.

Das Angebot steht allen hilfs- und pflegebedürftigen Menschen sowie deren Angehörigen zur Verfügung.

Wohnangebote für Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf

Eine der Neuerungen, die das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe angestoßen hat, ist das Einrichtungen- und Dienstportal, das Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftigen, Angehörigen und anderen Interessierten einen Überblick über die Qualität, die Anzahl, die Standorte und die Struktur der Einrichtungen für pflegebedürftige und behinderte Menschen geben soll. Das Jahr 2010 wurde genutzt, um ab Sommer 2011 diese neuen Verbraucherinformationen anbieten zu können.

Das Einrichtungen- und Dienstportal bietet den Bürgerinnen und Bürgern größtmögliche Transparenz bezüglich der fachlichen Standards und der Qualität der Einrichtungen, so dass sie auf dieser Internetseite für sich oder einen Angehörigen individuell und ortsnahe die passende Einrichtung finden können.

In diesem Portal werden auch die Qualitätsberichte über die Einrichtungen nachzulesen sein. Sie werden von der Beratungs- und Prüfbehörde, vormals Heimaufsicht, bei den regelmäßigen Besuchen erstellt.

Die Qualitätsberichte beschreiben zum einen in leicht verständlicher Sprache das Leistungsangebot der Einrichtung und geben zum anderen einen Eindruck von der Lebensqualität in der Einrichtung. Um größtmögliche Transparenz für die Nutzerin bzw. den Nutzer herzustellen, können die Vertretungen der Bewohnerinnen und Bewohner und die Einrichtung Stellungnahmen zu den Qualitätsberichten abgeben, die ebenfalls veröffentlicht werden. Nach gründlicher Vorbereitung mit allen Beteiligten konnte am 16. Dezember 2010 die Vereinbarung über die Kriterien und Modalitäten für die Veröffentlichung der Qualitätsberichte gemäß § 12 des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe geschlossen werden.

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Integrationsfirmen

Das Landesamt fördert aus Mitteln der Ausgleichsabgabe die Neugründung und Erweiterung von Integrationsfirmen, in denen schwerbehinderte Menschen mit besonderen Problemen gemeinsam mit nichtbehinderten Personen zum geschäftlichen Erfolg beitragen.

2010 stieg die Zahl der Integrationsfirmen in Rheinland-Pfalz von 66 auf 70. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen konnte um 76 auf jetzt 824 Plätze gesteigert werden bei insgesamt 2.065 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Damit ist Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich führend.

Das Integrationsunternehmen Stiftsgut Keysermühle in Klingenmünster

Das Integrationsunternehmen Stiftsgut Keysermühle wird in Form einer gemeinnützigen GmbH geführt und betreibt in Klingenmünster ein Hotel mit angeschlossenem Regionalwarenmarkt. Alleinigere Gesellschafter ist die Bürgerstiftung Pfalz. Beschäftigt werden hier zehn schwerbehinderte Menschen im Zimmer-, Küchen- sowie Servicebereich. Dies entspricht 40 Prozent der Arbeitnehmerschaft. Die Zimmer sind bewusst schlicht und einfach gehalten und bieten durch natürliche Farben und Materialien ein Kontrastprogramm zur „heutigen Informations- und Medienflut“. Eröffnet wurde das Hotel im Mai 2010 im Beisein des Ministerpräsidenten Kurt Beck.



Übergang Schule – Beruf – Maßgeschneiderte Lösungen finden

Übergang von der Schule in den Beruf heißt für junge Menschen mit Behinderungen noch viel zu oft Übergang von der Förderschule in die Werkstatt für behinderte Menschen. Im Rahmen einer Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur gemeinsam mit dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz wurden daher am 4. Mai 2010 in Bingen mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern Erfahrungen ausgetauscht und Möglichkeiten diskutiert, wie der Übergang von der Schule in den Beruf für junge behinderte Menschen noch besser gestaltet werden kann.

Im Jahr 2009 wurden die Integrationsfachdienste im Rahmen des Landesprogramms „Übergang von der Schule zum Beruf“ beauftragt, behinderte Schülerinnen und Schüler individuell beim Übergang von der Schule in den Beruf zu begleiten. Das geschieht in enger Kooperation mit den Schulen und den beteiligten Partnern in den Arbeitsagenturen, den Werkstätten für behinderte Menschen und den Betrieben. 2009 wurden in Rheinland-Pfalz 614 Schülerinnen und Schüler in insgesamt 87 Förderschulen beim Übergang in den Beruf begleitet, ein erfolgreicher Einstieg. „Die Begleitung an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf verbessert die Integrationschancen von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung ganz erheblich. Mit diesem Programm haben wir eine strukturelle Veränderung bei der Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf für Schülerinnen und Schüler aus Förder- und Schwerpunktschulen erreicht“, so Ottmar Miles-Paul, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen, der die Fachtagung eröffnete. Das Programm ist plausibel und klingt einfach: Junge Menschen erhalten frühzeitig eine zielgenaue berufliche Orientierung, ihnen werden Möglichkeiten der Eingliederung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgezeigt und sie erhalten Unterstützung bei der eigenen Entscheidungsfindung. Aber

es bedeutet auch eine große Herausforderung für alle Beteiligten.

Neue Wege aus der Wohnungslosigkeit

Zu den Aufgaben des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung gehört es, Hilfen an Menschen zu gewähren, die es wegen besonderer sozialer Schwierigkeiten nicht aus eigener Kraft schaffen, am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen. Wohnungslosigkeit gehört zu diesen Problemlagen. In Rheinland-Pfalz bieten derzeit 19 Resozialisierungseinrichtungen mit etwa 430 Plätzen stationäre Hilfe an. 2010 wurden im Land Rheinland-Pfalz für stationäre Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII ca. 7,3 Millionen Euro jeweils zur Hälfte von Land Rheinland-Pfalz und den Kommunen aufgewendet.

Aufgrund des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ erweitert das Land Rheinland-Pfalz die ambulanten Angebote und reduziert die Anzahl der stationären Plätze auf ein notwendiges Maß. In einem ersten Schritt auf diesem Weg werden stationäre Plätze vielfach in dezentrale stationäre Wohnformen umgewandelt. Das dezentrale stationäre Wohnen stellt eine Erweiterung des stationären Hilfeangebotes in Einrichtungen dar. Dabei mietet der Einrichtungsträger bei privaten und gemeinnützigen Stellen Wohnungen an und stellt diese den Hilfesuchenden als neuen Lebensmittelpunkt zur Verfügung. Gleichzeitig stellt die Einrichtung eine intensive Betreuung sicher, indem sie die Menschen auf deren Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben unterstützt und begleitet. Im Falle eines positiven Maßnahmeverlaufes besteht die Möglichkeit, den Hilfesuchenden die jeweilige Wohnung als Hauptmieterin bzw. Hauptmieter selbstständig zu überlassen. Die zu begleitenden Menschen können von Anfang an ein auf Dauer angelegtes individuelles Wohnen unter möglichst realistischen Bedingungen (Führen eines eigenen Haushalts) einüben, ohne den Umweg über einen längeren Aufenthalt in einer Einrichtung zu nehmen. Im Anschluss an diese stationäre Maßnahme besteht das Angebot der ambulanten Nachbetreuung.



Ein Beispiel dieser Entwicklung bietet die stationäre Einrichtung Niederreidenbacher Hof der „kreuznacher diakonie“ in Idar-Oberstein mit seinen 59 Plätzen. Im Dezember 2009 hatte ein Brand größere Teile des Gebäudes und der Einrichtung zerstört, wodurch für die dort bisher untergebrachten Personen ein neues zukunftsfähiges Konzept gefunden werden musste. Das Konzept der Wohnungslosenhilfe „kreuznacher diakonie“ sieht bei Beibehaltung der Gesamtplatzzahl von 148 im stationären Bereich vor, die Betroffenen statt auf dem relativ weit von Ortschaften entfernt gelegenen Standort Niederreidenbacher Hof dezentral in den Städten Bad Kreuznach und Idar-Oberstein zu betreuen. Das Konzept sieht neben bereits bestehenden ambulanten Angeboten wie Notunterkünften, Straßensozialarbeit und Tagesaufenthalt auch eine neu organisierte Form stationärer Betreuung durch ein Wohnheim für Langzeitbewohnerinnen und -bewohner, Wohngruppen und dezentrales Einzelwohnen vor.

Der Träger setzt das neue Konzept in enger Begleitung durch das Landesamt um. Voraussichtlich werden im Sommer dieses Jahres alle ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner der stationären Einrichtung „Niederreidenbacher Hof“ in dezentrale Wohneinheiten vermittelt sein.

Landespreis für vorbildliche Firmen

Am 17. November 2010 wurde zum 13. Mal der Landespreis für beispielhafte Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verliehen. In einem feierlichen Rahmen wurden fünf Preisträger mit einer künstlerisch gestalteten Plakette und einer Prämie von 3.000 Euro ausgezeichnet.

Präsident Werner Keggenhoff betonte in seiner Begrüßungsrede die Bedeutung des Landespreises, der nachahmenswerte Beispiele öffentlich würdigt. Die Auszeichnung sei auch gut geeignet, Vorurteile gegenüber der Leistungsfähigkeit schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzubauen. Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt bei der Einstellung schwerbehinderter Menschen sei, dass auch nichtbehinderte Beschäftigte von Arbeitsplatzanpassungen und Anpassungen der Umgebung profitieren, wie durch ergonomische Büromöbel und barrierefreie Dienstgebäude.

Der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen Ottmar Miles-Paul zeichnete fünf Betriebe aus, die sich vorbildlich für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen engagieren und ihre soziale Verpflichtung mehr als erfüllen.

Herr Miles-Paul unterstrich in seiner Rede die Wichtigkeit des Preises für die Öffentlichkeit und die behinderten Menschen. Behinderungen seien sehr vielfältig und oft nicht von außen sichtbar. Dieses breite Spektrum bewusst zu machen und passgenaue Lösungen vorzustellen, sei eine Aufgabe des Landespreises für beispielhafte Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

2010 wurden die Firma M&S Zahntechnik in Trier, das Diakonische Werk im Westerwaldkreis in Westerburg, die Huf Haus GmbH in Hartenfels und das Amtsgericht Bitburg ausgezeichnet.

Einen Sonderpreis erhielt die U.S.Army Garrison in Baumholder für den deutschen zivilen Bereich.



Ministerpräsident besucht Pflegestützpunkt Arzfeld



Traditioneller Besuch der Sternsinger im Landesamt



Landespreis für beispielhafte Beschäftigung behinderter Menschen



Kalenderausstellung im Polizeipräsidium Mainz



U-30 Veranstaltung für unsere Nachwuchskräfte



Auslandsinspektion: Brasilien



Fußball- und Volleyballturnier der Versorgungsverwaltungen



Zertifikatsverleihung audit berufundfamilie in Berlin



20 Jahre Beschäftigungskonversion



Schwerdonnerstag im Dienstgebäude Koblenz



Fachtagung zur Sicherung von Fachkräftenachwuchs

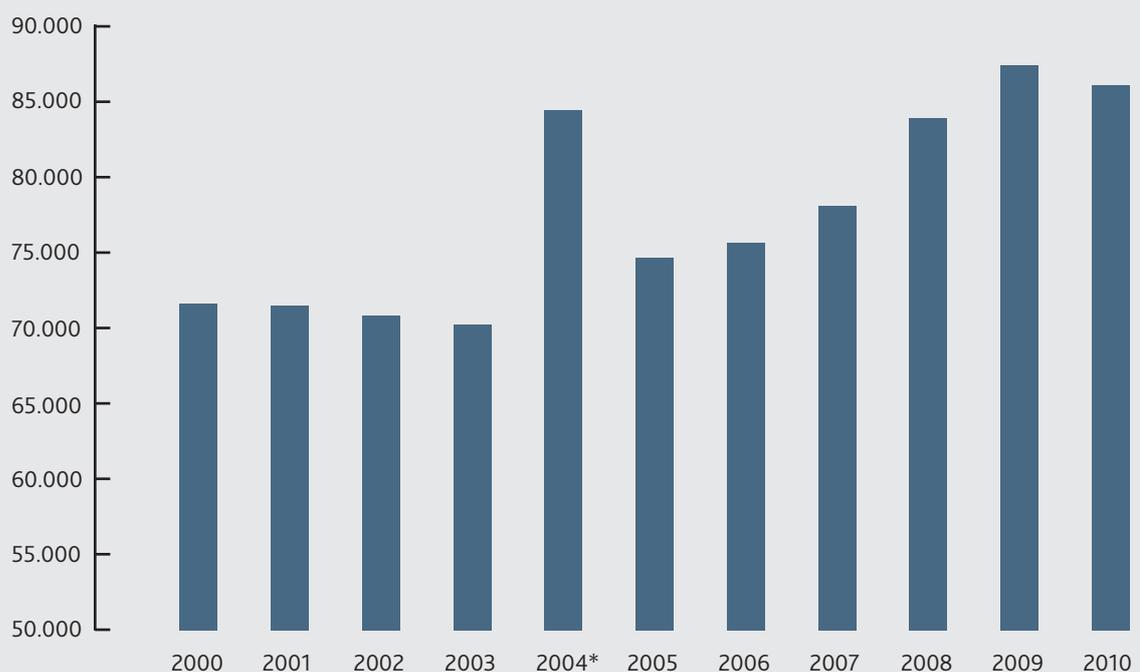


VERSORGUNG

Wieder viele Anträge im Schwerbehinderten-Feststellungsverfahren

Die weiter zunehmende Zahl älterer und gesundheitlich beeinträchtigter Menschen spiegelt sich auch in der Entwicklung der Anträge auf Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft. Ihre Bearbeitung ist zum Kerngeschäft der Versorgungsverwaltung geworden. Gegenüber dem Rekordjahr 2009 ist die Zahl der Erst- und Änderungsanträge 2010 mit 86.129 nur geringfügig gesunken. Die längerfristige Betrachtung macht deutlich, dass wir auf Dauer von hohem Antragsvolumen auszugehen haben.

Entwicklung der Erst- und Änderungsanträge



* = Auswirkung der so genannten Chronikerregelung

Versorgungsverwaltung im Wandel

Opfer des Zweiten Weltkrieges – gibt es die eigentlich noch? Durchaus. Allein in Rheinland-Pfalz waren es Ende 2010 immerhin 16.639 Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte. Sie erhalten Versorgung mit einer durchschnittlichen Rente von 431 Euro monatlich. Erfreulicherweise liegt ihre Lebenserwartung heute über dem Durchschnitt ihrer Altersgenossen. Allein im Kalenderjahr 2010 konnten 71 von ihnen den 100. Geburtstag feiern. Dennoch geht ihre Zahl natürlich zurück, so dass es 65 Jahre nach Kriegsende an der Zeit war, die Strukturen unserer Versorgungsverwaltung zu straffen.

Am 1. April 2010 wurden deshalb die Aufgaben des Sozialen Entschädigungsrechts beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung gebündelt. Wichtig war, dass sich für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger möglichst wenig ändert und dass insbesondere der Vor-Ort-Service erhalten bleibt.

In zentraler Verantwortung werden alle Aufgaben der Ämter für soziale Angelegenheiten im Bereich des Sozialen Entschädigungsrechts nach dem Bundesversorgungsgesetz wahrgenommen – sowie nach dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Opferentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz, dem Infektionsschutzgesetz, dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz. Diese Aufgaben wurden der Abteilung 2 „Versorgung“ des Landesamtes am Standort Koblenz zugeordnet.

Im Oktober waren alle organisatorischen Maßnahmen abgeschlossen.

Zunächst erfolgte die Übergabe der kompletten Bearbeitung der orthopädischen Angelegenheiten vom Amt für soziale Angelegenheiten Landau nach Koblenz.

1.503 orthopädische Akten und die dazu gehörenden Listen wurden transportiert.

Ziel ist es, den Aufgabenübergang so zu gestalten, dass bis zum Jahre 2014 die gesamte Einzelfallbearbeitung am Standort Koblenz gebündelt ist.



An den Standorten Landau, Mainz und Trier werden nach wie vor in einem sogenannten „Front Office“ (Regionalteam) Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Damit wird sowohl die hohe Qualität der Versorgung der Berechtigten als auch die örtliche Nähe der Verwaltung zur Bevölkerung sichergestellt.

Bemerkenswert ist, dass sowohl die Versorgungsberechtigten als auch die Sozialverbände nicht die geringste Kritik an der Maßnahme geäußert haben, weil die Notwendigkeit der Bündelung der Fachkompetenz anerkannt wird. Die Zuständigkeitsregelung stößt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Zustimmung, weil niemand seinen Dienort wechseln muss.



KONVERSION

20 Jahre Beschäftigungskonversion

Seit 1990 ist die Umwandlung von Arbeitsplätzen bei den Streitkräften in zivile Beschäftigungsverhältnisse Gegenstand der Politik der Landesregierung. Ergänzend zur Arbeit auf der Ebene der Ministerien wurde 2001 beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eine Kopfstelle eingerichtet, die sich um den Erhalt der Arbeitsplätze und die Vermittlung in neue Arbeitsverhältnisse rheinland-pfälzischer Zivilbeschäftigter bei den Stationierungstreitkräften und der Bundeswehr kümmert.

Seit 1992 ist die Beschäftigungskonversion ein politisches Schwerpunktthema und seit dieser Zeit tagt mehrmals im Jahr das sogenannte Konversionskabinett unter der Leitung des Ministerpräsidenten.

Insgesamt hatte Rheinland-Pfalz unmittelbar einen Verlust von 100.000 militärischen und zivilen Stellen zu verkraften. Hierzu kommen noch mindestens 50.000 mittelbar betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus anderen Wirtschaftsbereichen. Unser Bundesland, das als „Flugzeugträger der NATO“ bezeichnet wurde und mehr als andere Länder massiven Truppenabbau erlebte, hat das Beste daraus gemacht. Trotz dieser Sonderbelastung steht das Land bei den Arbeitsmarktzahlen innerhalb der 16 Länder klar an drittbesten Stelle. Über 50.000 neue zivile Arbeitsplätze wurden geschaffen. Schon seit 1998 stellt das Land Mittel zur Bezuschussung von Qualifizierungsmaßnahmen für Zivilbeschäftigte zur Verfügung. So konnte erreicht werden, dass die Qualifikation der Zivilbeschäftigten zum Beispiel durch das Nachholen staatlich anerkannter Abschlüsse verbessert wurde: Meisterbriefe, Technikerprüfungen bei der Handwerkskammer, Abschlüsse bei der IHK wie Fremdsprachenkorrespondent, Fremdsprachenkorrespondent, Bilanzbuchhalterin, Bilanzbuchhalter und viele andere mehr wurden erreicht.

Die besondere Herausforderung bestand in der Beschäftigungskonversion darin, die gewaltige

Umstrukturierung sozialverträglich und nachhaltig zu gestalten.

Das Arbeitsministerium wird bei dieser Arbeit außer durch die Kopfstelle Zivilpersonal im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auch durch die externen Beraterteams „Arbeit & Leben“ und die pebb GmbH tatkräftig unterstützt. Das Ministerium koordiniert – in Verbindung mit dem Landesamt – die landesweiten Maßnahmen, Einsätze und Beratungen an den betroffenen Standorten. Die pebb GmbH nimmt im Auftrag des Landes die Beratung der zivilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Streitkräften wahr. Das bedeutet, dass sie in Fragen des Berufslebens Hilfestellungen und Handreichungen leistet, z. B. Bewerbungen, Vorbereitung von Arbeitszeugnissen und Stellenrecherche für den einzelnen Menschen. Hierbei können auch Weiterbildungsmaßnahmen vorbereitet werden, die das Land fördert. „Arbeit & Leben“ organisiert Kurzzeitweiterbildung nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

20 erfolgreiche Jahre waren Grund genug für einen Festakt am 8. Dezember 2010, zu der Ministerpräsident Kurt Beck und Arbeitsministerin Malu Dreyer in die Alte Lokhalle Mainz eingeladen hatten, unter dem passenden Motto: „Der Mensch steht im Mittelpunkt“. Ministerpräsident Beck betonte dabei, dass ihm die Konversionspolitik eine Herzensangelegenheit ist, für die er auch in Zukunft engagiert eintreten werde.

Begleitet wurde die Feierlichkeit durch eine Trägermesse, bei der auch das Integrationsamt mit einem Stand vertreten war und damit die gelungene Einbettung der Konversionsaufgabe in das Gesamtgefüge der Landesverwaltung zeigte.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Resümees und Beiträge von Ministerpräsident Kurt Beck, Arbeitsministerin Malu Dreyer, Vertreterinnen und Vertretern der Streitkräfte, der Gewerkschaften sowie der Personalräte und Betriebsvertretungen.





GESUNDHEIT

Über 1.000 neue Krankenpflegekräfte

Unsere älter werdende Bevölkerung ist in zunehmendem Maße auf die Hilfe qualifizierter Pflegekräfte angewiesen. Darum hat die Landesregierung bereits im Jahr 2002 die Initiative „Menschen pflegen“ gestartet. Bei der Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen und Strukturen von Pflege und dem Ausbau des häuslichen, privaten und beruflichen Pflegepotenzials kommt dem Landesamt eine zentrale Rolle zu. Es verantwortet den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfungen in den nicht-ärztlichen Gesundheitsfachberufen, zu denen die Berufe in der Gesundheits- und Krankenpflege und Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zählen. Diese Verantwortung kommt auch in den Berufserlaubnisurkunden zum Ausdruck. Dazu gehört auch die Bestellung des Prüfungsvorsitzes, der zum überwiegenden Teil durch Pflegefachkräfte mit akademischer Qualifikation wahrgenommen wird. Im Jahr 2010 legten 951 Personen in der Gesundheits- und Krankenpflege und 128 Personen in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege ein Examen ab. Sie haben eine dreijährige Ausbildung an einer staatlich anerkannten Schule für Gesundheits- und Krankenpflege bzw. Gesundheits- und Kinderkrankenpflege erfolgreich absolviert. Die Ausbildung teilt sich auf in 2.100 Stunden theoretischen und praktischen Unterricht und in 2.500 Stunden praktische Ausbildung.

Seit dem Jahr 2006 wird der theoretische und praktische Unterricht nach dem Rahmenlehrplan und Ausbildungsrahmenplan für die Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege und Gesundheits- und Kinderkrankenpflege des Landes Rheinland-Pfalz strukturiert. Übergeordnetes Ziel des Rahmenlehrplanes ist es, die Auszubildenden zu qualitativ hochwertiger und professioneller Pflege zu befähigen. Der pflegebedürftige Mensch und seine adäquate pflegerische Versorgung unter Wahrung seiner Autonomie und Würde stehen im Mittelpunkt.

Die verschiedenen Arbeitsfelder und Tätigkeitsschwerpunkte im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich, in denen Pflege stattfindet, werden bei der Planung der praktischen Ausbildung berücksichtigt. Die demographische Entwicklung erfordert, dass die Auszubildenden Pflege nicht nur in kurativen Arbeitsfeldern kennenlernen, sondern auch in präventiven, rehabilitativen und palliativen Bereichen Erfahrungen sammeln können. Dies fand auch Berücksichtigung bei der Festlegung der praktischen Ausbildung in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung. Während der praktischen Ausbildung besteht die Verpflichtung für die Schulen, 250 Stunden strukturierte und dokumentierte Praxisanleitungen der Auszubildenden durch fachlich und pädagogisch qualifizierte Pflegefachkräfte durchzuführen.



All dies trägt dazu bei, dass die hohe Qualität der pflegerischen Versorgung der älter werdenden Menschen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft sichergestellt werden kann.



Krankenhausförderung

Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz werden die Krankenhäuser auf zwei Wegen (Duales System) finanziert: Für Investitionskosten kommen die Länder auf, während die Krankenkassen die laufenden Betriebskosten finanzieren. In Rheinland-Pfalz wird der gesamte Zahlungsverkehr im Rahmen der Krankenhausfinanzierung über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung abgewickelt. Für das Jahr 2010 beliefen sich die geleisteten Zahlungen auf insgesamt 150,7 Millionen Euro.

Für langfristige Investitionen, wie etwa Neubauten oder größere Sanierungsmaßnahmen, gibt es die Einzelförderung; die Pauschalförderung steht für die Kosten kleinerer baulicher Maßnahmen und die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter zur Verfügung.

Die pauschale Förderung nach § 13 Landeskrankenhausgesetz (LKG), für die jährlich 51,2 Millionen Euro zur Verfügung stehen, liegt für die 84 anspruchsberechtigten Krankenhausträger vollständig in der Hand des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung. Die Berechnung der Förderung für die Krankenhäuser orientiert sich dabei an den jährlichen Fallzahlen und der Einstufung der Krankenhäuser, den besetzten Ausbildungs-

plätzen und dem Einsatz medizinischer Großgeräte. Darüber hinaus werden gesonderte Grundbeträge für tagesklinische Plätze bewilligt. Die Summen, die dabei für einzelne Krankenhäuser oder reine Tageskliniken im Jahr 2010 bewilligt wurden, bewegen sich zwischen 24.000 Euro und 3.154.698 Euro.

Damit leistet das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen wichtigen Beitrag für eine leistungsfähige und patientenfreundliche stationäre Versorgung in Rheinland-Pfalz.

Die Verwendungsnachweisprüfung erfolgt anhand der eingereichten Unterlagen und wird zu einem nicht unerheblichen Teil auch vor Ort bei den Krankenhäusern durchgeführt. Dabei wird neben der Prüfung der Bewilligungsgrundlagen und der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel besonderer Wert auf die Einhaltung des Vergaberechts gelegt.





INTERNATIONALES

Inspektion in Brasilien

Zu den Aufgaben des Landesamtes im Bereich der Arzneimittelüberwachung gehören auch die sogenannten Fremdinspektionen bei ausländischen Herstellerfirmen. Eine dieser Inspektionsreisen führte unsere Mitarbeiterin in die Nähe von Sao Paulo.

Die Stadt wurde am 25. Januar 1554 von portugiesischen Jesuitenmönchen gegründet. Heute ist Sao Paulo die größte Wirtschaftsmetropole Brasiliens und Drehkreuz für ganz Südamerika. Im Ballungsgebiet von Sao Paulo wohnen 21,6 Millionen Menschen auf einer Fläche von 7.922 Quadratkilometern. Die Landessprache ist Portugiesisch.



Durch die gründliche Inspektion, die eine Arbeitswoche in Anspruch nahm und trotz der Bereitstellung einer Dolmetscherin in englischer Sprache durchgeführt werden konnte, war zu prüfen, ob die Praxis der Arzneimittelherstellung vor Ort unseren europäischen Standards, genannt GMP-Richtlinien (Richtlinien der Guten Herstellungs-

praxis oder in Englisch Good Manufacturing Practice) entspricht. Dabei ergab sich auch ein guter Kontakt zur Fachkollegin, die für die internationale Arzneimittelüberwachung zuständig ist mit Dienstsitz in der brasilianischen Behörde ANVISA in Brasilia.

Es zeigte sich, dass unsere Überwachungssysteme, das deutsche und das brasilianische, bei der Durchführung von Inspektionen, Überwachung der Großhandelsbetriebe, der Apotheken und der Krankenhäuser erfreulicherweise sehr ähnlich sind. Derzeit befindet sich die ANVISA in der Qualifizierungsphase des behördeninternen Qualitätsmanagements. Der Eindruck, der sich auf dieser Inspektionsreise für die Mitarbeiterin ergeben hat, ist, dass Brasilien eine hoch entwickelte Industrienation ist und den Anforderungen für ein bilaterales Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung der Standards in der Arzneimittelüberwachung gewachsen ist. Nicht zu vergessen ist die große Chance, die sich für den Import und Export von Arzneimitteln anbietet. Eine weitere Inspektion durchführung in Brasilien wird daher bei Aufnahme der ANVISA in das internationale Abkommen Pharmaceutical Inspection Convention nicht mehr notwendig sein.



Teleradiologisches Netz

Seit Mitte des Jahres 2010 ist die Abwicklung des INTERREG IV-Programms vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen auf das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung übertragen.

Grenzübergreifende Projekte werden gefördert, wenn sie eine nachhaltige, möglichst strukturfördernde Auswirkung auf die Grenzregion und deren Bevölkerung haben. Hierzu gehören Vorhaben, welche die Förderung des Unternehmertums, die Bildung lokaler Beschäftigungsinitiativen, die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Forschung, technologischen Entwicklung, Bildung, Kultur und Gesundheit beinhalten. Die Projekte werden über eine Dauer von drei Jahren mit einem Fördersatz von maximal 50 % durch INTERREG-Mittel kofinanziert.

Das Landesamt betreut derzeit drei dieser grenzüberschreitenden Projekte. Eines davon ist das Projekt Teleradiologisches Netz St. Vith-Prüm. In diesem Netz arbeiten das St. Joseph Krankenhaus Prüm und die Klinik St. Josef in St. Vith auf dem Gebiet der Teleradiologie zusammen.

Mit Hilfe von Landes- und EU-Mitteln konnte in Prüm ein neuer Kernspintomograph aufgestellt werden, dessen Ergebnisse in der größeren Radiologie des belgischen Partnerkrankenhauses ausgewertet werden. Die Patientinnen und Patienten aus dem Prümer Raum sparen Anfahrtswege,

gleichzeitig ist die Radiologische Abteilung in St. Vith besser ausgelastet. Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal aus Belgien und Deutschland kommen bei der Durchführung von gemeinsamen Schulungsmaßnahmen in Kontakt.

Am 26. Oktober 2010 ließen sich Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik beider Länder und der Krankenhäuser in St. Vith über den erreichten Projektstand unterrichten. Auch der Gesundheitsminister der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Harald Mollers war zugegen.



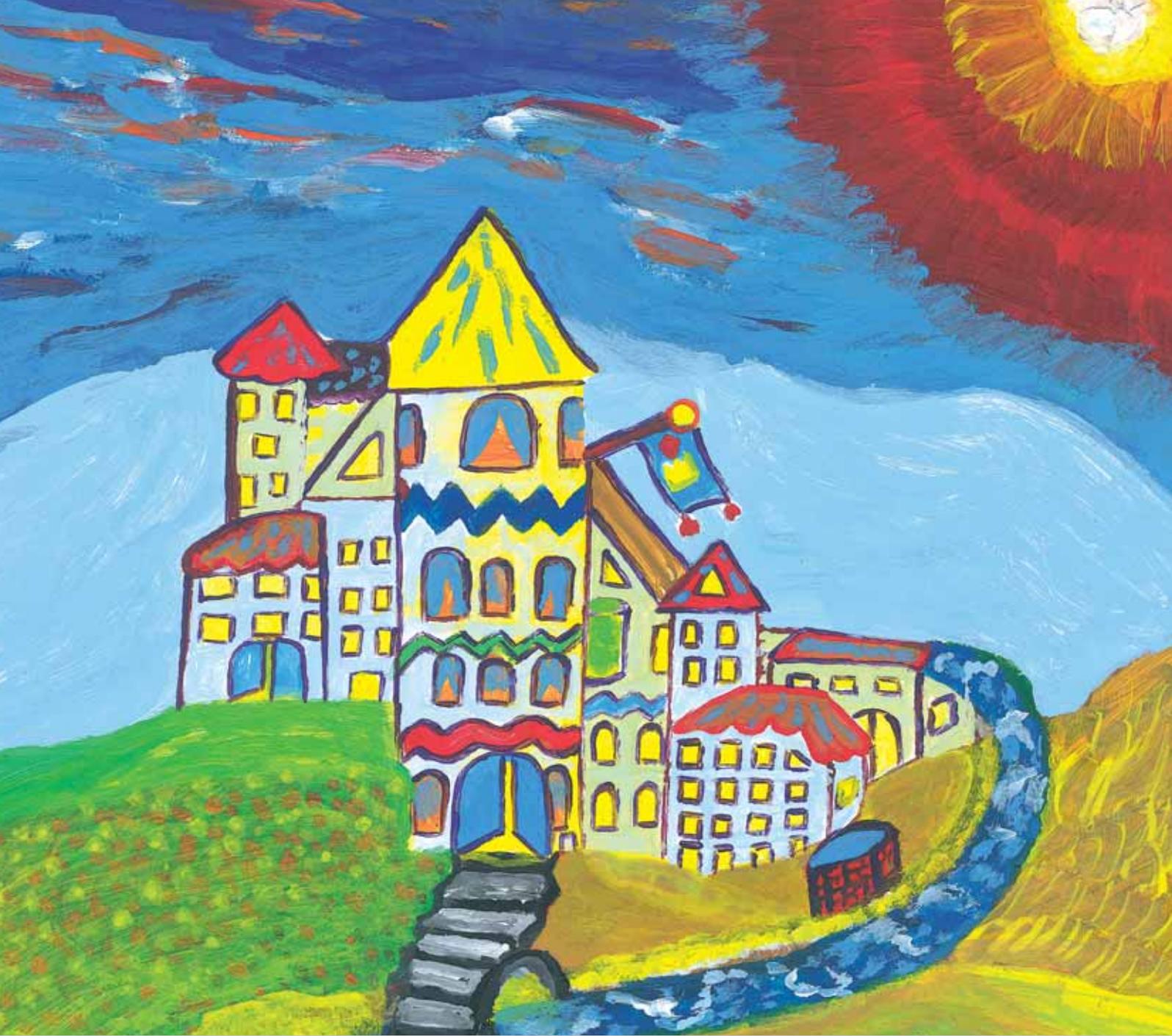
Opferentschädigung auch bei Gewalttaten im Ausland

Seit der Änderung vom 25. Juni 2009 sieht das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten auch Leistungen an Personen vor, die ihren Aufenthalt in Deutschland haben und während eines Auslandsaufenthaltes von längstens sechs Monaten Gewaltopfer wurden. Die Bearbeitung für ganz Rheinland-Pfalz erfolgt im Amt für soziale Angelegenheiten Trier, das bereits für Anspruchsberechtigte mit Wohnsitz außerhalb von Rheinland-Pfalz zuständig ist.



Die bisher gestellten Anträge beruhen auf schädigenden Ereignissen in China, Frankreich, Namibia, Österreich und Spanien. Eine besondere Herausforderung ist die Aufklärung des Sachverhalts: Die im Ausland zuständigen Behörden und Polizeidienststellen können häufig von den Antragstellerinnen und Antragstellern nur unzureichend bezeichnet werden. Die Ermittlungen erfolgen im Einzelfall unter Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Auswärtigen Amtes über die Botschaften und Konsulate der Bundesrepublik Deutschland und gestalten sich in der Regel langwierig. Leider bleiben auch häufig die Antworten der ausländischen Behörden aus. Notwendige Übersetzungen eingehender Unterlagen brauchen Zeit und Geld.

Mit Fantasie und mit großem Engagement versuchen die Teammitglieder aber alles, um gleichwohl den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen.



ÄMTER FÜR SOZIALE ANGELEGENHEITEN

KOBLENZ

30 Jahre mobiles Bürgerbüro – Eine Erfolgsgeschichte

Eine Verwaltung, die sich schwerpunktmäßig mit den Anliegen älterer und behinderter Menschen befasst, sollte ihre Dienste auch ortsnah anbieten. Diese Überlegung führte schon vor 30 Jahren zum Pilotprojekt Mobiles Bürgerservicebüro. Seit dem 5. November 1980 führt das Amt für soziale Angelegenheiten Koblenz bei den Verbandsgemeinden Birkenfeld, Baumholder, Herrstein und Rhaunen Sprechtag durch. Warteschlangen auf dem Flur zeugten vom Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Lange Jahre profitierte nur der Kreis Birkenfeld von diesem Service, in den ab 1990 auch die Stadt Idar-Oberstein einbezogen wurde. Im Bereich des nördlichen Rheinland-Pfalz folgten im Jahre 2000 die Verbandsgemeinden Betzdorf, Wissen und Adenau und seit 2006 bieten alle Ämter für soziale Angelegenheiten diesen Vor-Ort-Service an.

Standen in den Anfangsjahren Fragen rund um das Soziale Entschädigungsrecht im Mittelpunkt, so liegt heute der Schwerpunkt im Bereich des Rechts der behinderten Menschen. Auskünfte werden auch zu anderen Sozialleistungsbereichen, soweit dies möglich ist, gegeben. Nach wie vor finden die Beratungen in den Verbandsgemeinden statt, die

sehr froh über diesen zusätzlichen Service sind. Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbandsgemeinden wird ein guter Kontakt gepflegt. Die Termine werden über die örtliche Presse und durch Aushänge rechtzeitig bekannt gegeben, sie finden zur besseren Übersichtlichkeit immer im gleichen Monatsrhythmus statt. Die relativ konstanten Besucherzahlen lassen erkennen, dass unser Angebot auf Interesse stößt.

Qualifizierung für die Kita-Arbeit

Beim Ausbau der Kindertagesstätten darf die Qualität nicht zu kurz kommen. Daher sind Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher ein zentraler Baustein der Landesinitiative „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“. Hierzu gehört auch die Unterstützung von Sprachfördermaßnahmen durch das Programm „Qualifizierung von Sprachförderkräften“.

Im Januar 2010 wurde die Bearbeitung dieses Landesfortbildungsprogramms vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur auf die Zweigstelle des Landesamts beim Amt für soziale Angelegenheiten Koblenz übertragen.

Das Land, die Trägerorganisationen von Kindertagesstätten sowie die kommunalen Spitzenver-



bände, der Landeselternausschuss und die Gewerkschaften haben im Rahmen einer Vereinbarung ein Curriculum entwickelt, auf dessen Grundlage Erzieherinnen und Erzieher insgesamt neun Module absolvieren können, die in einem Zertifikationsheft dokumentiert werden. Das Curriculum versteht sich dabei als fachlicher Rahmen der Themen, die derzeit in Kindertagesstätten einen hohen Stellenwert einnehmen. Mit der Landesinitiative werden aber auch die Teilnehmerbeiträge für Fortbildungsmaßnahmen für die Erzieherinnen und Erzieher gesenkt und so Anreize zur Weiterbildung geschaffen.

Die Qualifizierung von Sprachförderkräften schafft Kompetenz für eine optimale Vorbereitung der Kinder auf die Schule und bei Bedarf für eine intensive und gezielte Sprachförderung, vor allem im letzten Kindergartenjahr.

Das Programm leistet einen entscheidenden Beitrag, den wachsenden Ansprüchen an die Kindertagesstätten gerade auch im Hinblick auf die Betreuung der Zweijährigen gerecht zu werden, und ist im Hinblick auf inhaltliche Bandbreite und nachhaltige Umsetzung im Vergleich der Bundesländer konkurrenzlos.

Was genau aber wird gefördert? Die Träger der Kindertagesstätten sowie anerkannte Fortbildungsanbieter können Anträge zur Förderung von Fortbildungsmaßnahmen stellen, für die bis zu 400 Euro pro Seminartag bewilligt werden können. Insgesamt wird für das Landesprogramm jährlich eine Summe von 2 Millionen Euro bereitgestellt.

Im Jahr 2010 hat die Zweigstelle über rund 1600 Anträge entschieden. Nach der Bewilligung wird die ordnungsgemäße Verwendung des Geldes geprüft sowie die Auszahlung der Mittel veranlasst.



LANDAU

Reha-Tag in Landau

Unter dem Motto „REchtzeitig HANdeln – Reha schafft Perspektiven“ fand am 25. September 2010 in Landau eine Veranstaltung zum deutschen Reha-Tag statt.

Dieser Tag soll verdeutlichen, wie wichtig medizinische und berufliche Rehabilitation ist und warum sie als gesetzlicher Auftrag erhalten und ausgebaut werden muss.

Durchgeführt wurde der Aktionstag in Landau wieder vom Arbeitskreis „Reha Regional Südpfalz“. Um die Möglichkeiten der Rehabilitation und Teilhabe den Bürgerinnen und Bürgern in der Südpfalz aufzuzeigen, haben sich bereits vor Jahren regionale Einrichtungen/Institutionen und Rehabilitationsträger miteinander vernetzt.

Die Gemeinsame Servicestelle für Rehabilitation im Amt für soziale Angelegenheiten Landau, die dem Arbeitskreis „Reha Regional Südpfalz“ angehört, war wie in den vergangenen Jahren ebenfalls mit einem Stand vertreten. Im Rahmen der gut besuchten Veranstaltung wurden interessierte Bürgerinnen und Bürger über das Angebot der Servicestelle – zur Beratung und Unterstützung in Reha-Angelegenheiten – informiert.



Raum für Kunst behinderter Menschen

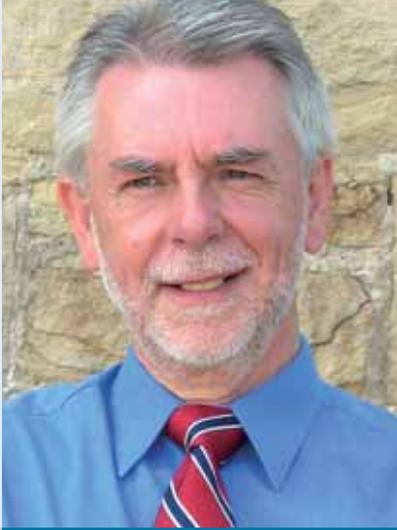
Erstmals traten Künstlerinnen und Künstler aus der Südpfalzwerkstatt Offenbach mit ihren Werken an die Öffentlichkeit. Die sehr gut besuchte Vernissage fand am 12. März 2010 in den frisch renovierten Räumen des Amtes für soziale Angelegenheiten in Landau statt. Die Leiterin des Amtes Irmgard Rose-Natzschka konnte zahlreiche Repräsentantinnen und Repräsentanten des öffentlichen und politischen Lebens sowie von Sozialverbänden begrüßen; darunter den Staatssekretär des Mainzer Sozialministeriums Christoph Habermann, den Präsidenten des Landesamtes für So-

ziales, Jugend und Versorgung Werner Keggenhoff, den Landtagsabgeordneten Wolfgang Schwarz, Lebenshilfe-Geschäftsführer Heiner Dahl und Landrätin Theresia Riedmaier. Nach einem Fachvortrag der Kunsttherapeutin Angelika Lipinski stellten sich die Künstlerinnen und Künstler persönlich sowie ihr künstlerisches Schaffen unter Assistenz ihrer Betreuerin Regina Meyer den Gästen vor und erhielten sehr viel Beifall hierfür.

In den Redebeiträgen wurde sowohl der hohe künstlerische Wert der Werke, die sehr viel Farbigkeit besitzen und Lebensfreude ausstrahlen, als auch deren Bedeutung für die Förderung ihrer Gesamtpersönlichkeit und Eingliederung in die Gesellschaft betont. Die Bilder sind im Rahmen sogenannter „Arbeitsbegleitender Maßnahmen“ in der Südpfalzwerkstatt entstanden und gehören, so Werkstattgeschäftsführer Helmut Heller, „genauso zu deren Kerngeschäft wie das Arbeitsangebot und tragen mit dazu bei, den Teilhabeauftrag der Werkstatt umzusetzen“.

Mit dieser Veranstaltung des Amtes für soziale Angelegenheiten wurde deutlich, dass in unserer Verwaltung Raum ist für die Leistung behinderter Menschen.





MAINZ

Amtsleiter verabschiedet

Am 26. Mai 2010 war der letzte Arbeitstag für den langjährigen Amtsleiter des AsA Mainz Friedrich Janz.

Im Rahmen einer Feierstunde überreichte Präsident Keggenhoff Herrn Janz die Urkunde des Ministerpräsidenten zur Ruhestandsversetzung und würdigte seine Leistungen, wobei er insbesondere die problemlose Übernahme neuer Aufgaben, auch unter Zeitdruck (z. B. die der Zentralen Medizinischen Untersuchungsstelle), hervorhob. Die Amtsleitungen lobten die gute Zusammenarbeit auch in schwierigen Zeiten.

Friedrich Janz war vor rund 30 Jahren in die Versorgungsverwaltung eingetreten und zunächst in der Grundsatzabteilung des damaligen Landesversorgungsamtes tätig. Zuletzt war Herr Janz dort Abteilungsleiter. Im Februar 1991 übernahm er die Leitung des Amtes in Mainz und hatte sich während seiner Dienstzeit einigen Veränderungen zu stellen. In seiner Ansprache dankte Herr Janz den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne deren Einsatz er seine Ziele nicht hätte erreichen können.

Da Friedrich Janz ehrenamtlicher Ortsbürgermeister seiner Heimatgemeinde ist, ist nicht zu befürchten, dass Langeweile im Ruhestand aufkommt.

TRIER

Abschied

Mit Ablauf des Monats September 2010 trat der Leiter des Amtes für soziale Angelegenheiten Trier, Wolfgang Nohr, nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand.

Der Jurist Wolfgang Nohr begann seinen Dienst im damaligen Versorgungsamt Trier am 3. Mai 1976 als 30jähriger Regierungsrat. Bereits sieben Jahre später wurde er Amtsleiter. Bis zuletzt hatte er neben seinen originären Aufgaben die Funktion des Sonderreferenten für Angelegenheiten nach dem Opferentschädigungsgesetz inne.

Im Beisein zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überreichte Präsident Werner Keggenhoff dem Leitenden Regierungsdirektor Nohr am 28. September 2010 die Urkunde des Ministerpräsidenten über die Versetzung in den Ruhestand und ließ in seiner Ansprache den beruflichen Werdegang des scheidenden Amtsleiters ebenso noch einmal Revue passieren wie die von ihm maßgeblich begleitete Entwicklung des Amtes von der reinen Versorgungsbehörde bis hin zu der heute bestehenden Aufgabenvielfalt.

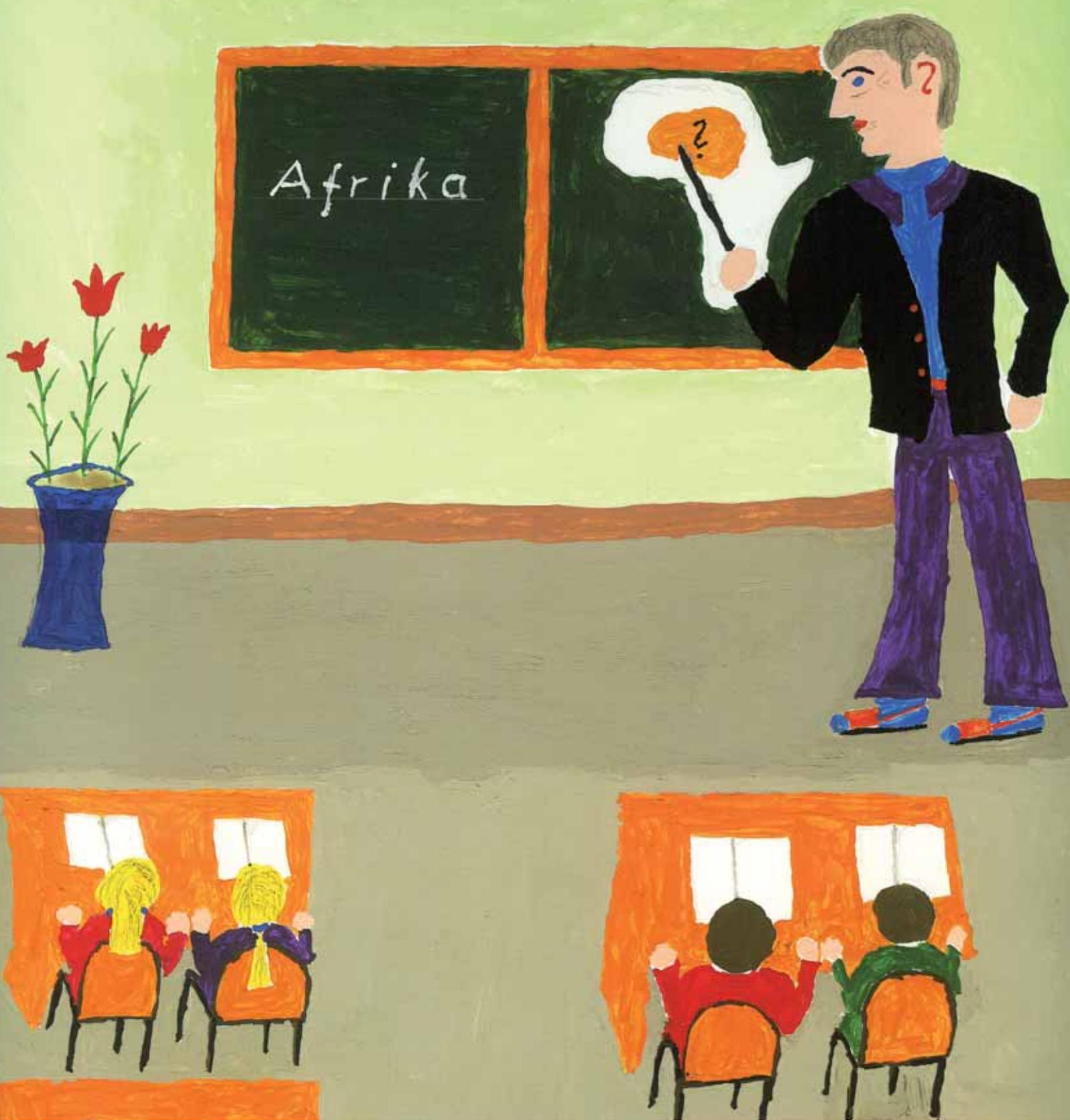
Umzug der „Außenstelle“ in Trier

Wegen des Umbaus des ehemaligen Posthochhauses für die Polizei musste die Außenstelle des Amtes für soziale Angelegenheiten Trier, in der sich der Ärztliche Dienst und die Zweigstelle des Landesamtes in Trier befinden, nach nur zwei Jahren erneut umziehen.

Nicht weit entfernt wurde ein Anbau der früheren Postliegenschaften komplett renoviert, auf den neuesten technischen Stand gebracht und nach den Vorstellungen des Amtes hergerichtet. Dazu gehört auch die hervorragende Erreichbarkeit für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Der Ende Januar durchgeführte Umzug verlief dank der guten Vorarbeit aller Beteiligten reibungslos und zügig. Den untergebrachten Abteilungen steht nun mehr Platz zur Verfügung.

Die neue Adresse der Außenstelle lautet:
In der Reichsabtei 6
54292 Trier





SCHULEN FÜR SINNESBEHINDERTE MENSCHEN

LANDESSCHULE FÜR BLINDE UND SEHBEHINDERTE NEUWIED

Jambo, jambo Afrika! – Spiel ohne Grenzen 2010

Einmal nach Afrika reisen! Dieser Wunsch ging – zumindest für einen Nachmittag – für rund 200 behinderte und nichtbehinderte Kinder beim „Spiel ohne Grenzen“ am 30. Mai 2010 in der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte Neuwied in Erfüllung.

Schon zum 28. Mal veranstalteten die Landesschule, der Katholische Pfarrverband Neuwied sowie der Evangelische Kirchenkreis Neuwied ein integratives Spielfest für behinderte und nichtbehinderte Kinder. Unter dem diesjährigen Motto „Jambo, jambo Afrika“ galt es für die teilnehmenden Kinder, im Laufe des Nachmittags auf dem Gelände der Landesschule einen abenteuerlichen Spieleparcours gemeinsam zu absolvieren.

Bevor die Reise auf den fernen Kontinent mit einem großen Luftballonstart begann, hatten die Kinder schon im Vorprogramm die Gelegenheit, afrikanischen Trommelklängen zu lauschen und sich auf das große Abenteuer einzustimmen.

Nach diesem ersten Einstieg in das Thema konnten die Spiele richtig beginnen und die Riegen, die

als Mannschaften für einzelne afrikanische Länder wie „Ghana“, „Togo“ oder auch „Ägypten“ starteten, hatten im Verlauf der nächsten Stunden eine Vielzahl spannender Aufgaben zu lösen. So musste eine riesige Pyramide aus Pappkartons gebaut werden, es galt auf einer Kutschsafari viele versteckte Tiere zu entdecken und im „Grab des Pharaos“ sollte ein geheimnisvoller Schatz gefunden werden.

Mit großem Eifer und ganz viel Spaß lösten die behinderten und nichtbehinderten Kinder gemeinschaftlich die gestellten Aufgaben.

Auch für die schwerstbehinderten Kinder und Jugendlichen gab es viele kreative Angebote aus dem Wahrnehmungsbereich und jede Menge tolle Dinge aus Afrika zu entdecken. Zur Erinnerung konnte jedes Kind eine afrikanische Rassel mit nach Hause nehmen.

Alle kleinen und großen Safariteilnehmerinnen und Safariteilnehmer, die bei den Spielen zwischendurch Hunger und Durst bekamen, konnten sich mit kalten Getränken, frischen Waffeln, Kuchen und leckeren Würstchen vom Grill stärken (vom Chef persönlich gebraten) und so Energie für die nächsten Aufgaben tanken. Ganz besondere, echte afrikanische Köstlichkeiten („Botokoin“ – afrikanische Berliner und „Ablo“ – Teigfladen mit Tomatensauce) konnten am Afrikastand einer Internatsgruppe ausprobiert werden.

Am späten Nachmittag fand zum Abschluss dann endlich die lang ersehnte Preisverleihung statt. Jubelnd nahmen die Kinder ihre wohlverdienten Gewinne entgegen.





Wir sehen anders

Kunst von blinden und hochgradig sehbehinderten Kindern und Jugendlichen als Wandschmuck für Sehende? Sicherlich etwas Ungewöhnliches.

Die Kinder und Jugendlichen der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte und ihrer integrativen Kindertagesstätte waren ganz begeistert von der Idee, den Jahreskalender 2011 der Sparkasse Neuwied gestalten zu dürfen. In allen Abteilungen wurde mit großer Begeisterung und Hingabe gemalt, gezeichnet, geklebt, gebastelt, geformt und gestaltet. Das Ergebnis waren viele wunderschöne kleine Kunstwerke, von denen ca. 50 für eine Ausstellung ausgewählt wurden. Bei der Eröffnung am 3. November 2010 zeigte sich Sparkassendirektor Dr. Hermann-Josef Richard sehr beeindruckt von der Vielfalt der hergestellten Kunstwerke: Bilder, Collagen, aus Ton hergestellte Figuren und Skulpturen haben die blinden und hochgradig sehbehinderten Kinder und Jugendlichen geschaffen. „Auch das sehgeschädigte Kind möchte sich künstlerisch gestaltend mitteilen, möchte Erfahrenes darstellen, Gefühle durch Formen und Farben zum Ausdruck bringen“, betonte Schulleiter Karl-Ludwig Küster. Besonders schwierig sei es gewesen, aus den eingereichten Arbeiten

13 Kunstwerke als Motive für den Wandkalender der Sparkasse Neuwied auszuwählen, sollte doch das gesamte Spektrum der Landesschule von der Kindertagesstätte bis hin zur Berufsfachschule repräsentiert sein. „Bei einer Auflagenhöhe von 20.000 Exemplaren wird dieser Kalender ca. 80.000 Menschen aus der Neuwieder Region durch das Jahr 2011 begleiten“, betonte OB Nikolaus Roth während der Vernissage. Die kleinen und großen Künstlerinnen und Künstler im Alter von 4 bis 20 Jahren stellten ihre Werke und deren Entstehungsgeschichte persönlich vor. „Eine solche lebhaft, fröhliche und bunte Vernissage haben wir in unserem Hause selten erlebt“, so der für die äußere Gestaltung des Kalenders verantwortliche Dipl.-Designer Karl Ditt. In den kommenden vier Wochen hatten die Besucherinnen und Besucher der Sparkasse die Möglichkeit, die vielen kleinen und großen Kunstwerke zu bestaunen und bei Gefallen als Kalenderblätter mit nach Hause zu nehmen – allerdings nur drei Wochen lang, denn dann hatten alle 20.000 Exemplare einen Interessenten gefunden.

LANDESSCHULE FÜR GEHÖRLOSE UND SCHWERHÖRIGE NEUWIED

Unsere Lehrkräfte referieren in Bulgarien

Zum dritten Mal fand am 9. September 2010 in der Stadt Plovdiv in Bulgarien ein internationales Symposium zur Hörgeschädigtenpädagogik statt. Wie schon in den vergangenen Jahren lag die Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung bei Lehrkräften der Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige in Neuwied. Diese Symposien sind eingebettet in ein großes Hilfsprojekt für die dortige Gehörlosenschule „Prof. Belinov“.

Den Anstoß zu diesem Hilfsprojekt gab ein Besuch des Honorarkonsuls der Republik Bulgarien und damaligen Geschäftsführers der Handwerkskammer Koblenz Dr. h. c. Wilbert in der Stadt Plovdiv im Jahr 2007. Relativ schnell stieß auch die Landesschule in Neuwied mit ihrem Fachwissen zu diesem Projekt. Neben der Durchführung dieser Symposien stand in der Vergangenheit auch der fachliche Austausch in der Organisation dieses Projektes und die Vermittlung von Lehr- und Lernmaterialien im Vordergrund.



Bei der diesjährigen Veranstaltung referierte Förderschulkonrektor Bernd Günter über die Problematik von Verhaltensauffälligkeiten bei hörgeschädigten Kindern und Jugendlichen. Die Lehrkräfte Leila El Hadsh und Frank Federkiel gaben einen umfassenden Überblick über die Organisation der Berufsvorbereitungs- und -findungsmaßnahmen an der Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige. Unterstützt wurden sie im pädagogischen Bereich von Fachseminarleiter Oliver Schneider vom Studienseminar Düsseldorf, der den Bereich der kooperativen Lernformen erläuterte. Dr. Yvonne Stelzig vom Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz und Dan Hilgert-Becker von Becker Hörakustik informierten über den Bereich „Sonderformen der Hörgeräteversorgung“.

Insgesamt zeigte die Zahl und vor allem die Rückmeldung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass es sich um eine gelungene Veranstaltung handelte, bei der fachlicher Austausch auf hohem Niveau, auch Dank der hervorragenden Übersetzung, möglich war.



Integration auf Skiern

Im Rahmen des Integrationsprojektes „Beeinträchtigte und nichtbeeinträchtigte Schülerinnen und Schüler fahren gemeinsam Ski“ konnten insgesamt acht Schülerinnen und Schüler des Internates der LGS Neuwied mit ihren vier Betreuerinnen und Betreuern das erste Mal an einer Skifreizeit im Hochpustertal teilnehmen.

Bevor die Gruppe in eine ereignisreiche Woche startete, organisierten der Projektleiter Peter Kossmann (IGS) und die stellvertretende Internatsleiterin Simone Wieth (LGS) ein gemeinsames Treffen an der IGS in Horhausen, um ein erstes Kennenlernen zu ermöglichen. Bei einem zweiten Treffen besuchten die Schülerinnen und Schüler der IGS die Schülerinnen und Schüler der LGS in Neuwied und bekamen erste Einblicke in das alltägliche Leben von hörgeschädigten Schülern. Um die Kontaktaufnahme zu erleichtern, zeigten die beeinträchtigten Kinder den IGS-Schülerinnen und -schülern, wie sich mit Hilfe von Gebärdensprache und Fingeralphabet eine Kommunikation ermöglichen lässt. In einer gemeinsamen Sportstunde wurden noch vorhandene Berührungängste abgebaut und die Einteilung der Patenschaften konnte beginnen.

Am 26. Februar 2010 war es endlich soweit! Im Skigebiet angekommen, zeigte sich schnell, wie sinnvoll und hilfreich die Unterstützung der IGS-



Paten den Kindern der LGS zuteil wurde. Die Paten waren zuständig für den Ski-Material-Transport, das Ein- und Aussteigen in die Ski-Gondel und für Hilfestellungen auf der Ski-Piste.

Die Kinder wurden in unterschiedliche Gruppen (Anfänger- und Fahrergruppen) eingeteilt. Bis zum Nachmittag wurde in den jeweiligen Gruppen unter Anleitung von je zwei Skilehrern und intensiver Vermittlung von Skipraxis gefahren. Das Abendprogramm gestaltete sich sehr abwechslungsreich: Gebärdenkurs für alle Schülerinnen und Schüler durch die gehörlose Erzieherin des Internates Klaudia Bork, Snowhappening, Eisstockschießen, Film- und Spieleabende.

Die vielen positiven Rückmeldungen zeigen, dass die Skiwoche rundum gelungen ist. Der Termin für des Skiprojekt 2011 stand schon auf der Rückfahrt fest – und für alle Schülerinnen und Schüler der LGS ist jetzt schon klar: wir sind wieder dabei!

WILHELM HUBERT CÜPPERS-SCHULE

Theaterspiel mit Hörbeeinträchtigung

An der Wilhelm Hubert Cüppers-Schule hat das Theaterspielen eine langjährige Tradition. Die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I haben an vielen Landestheatertreffen erfolgreich teilgenommen und durften im Jahr 2000 sogar das Land Rheinland-Pfalz auf dem Bundestheatertreffen in Magdeburg vertreten.

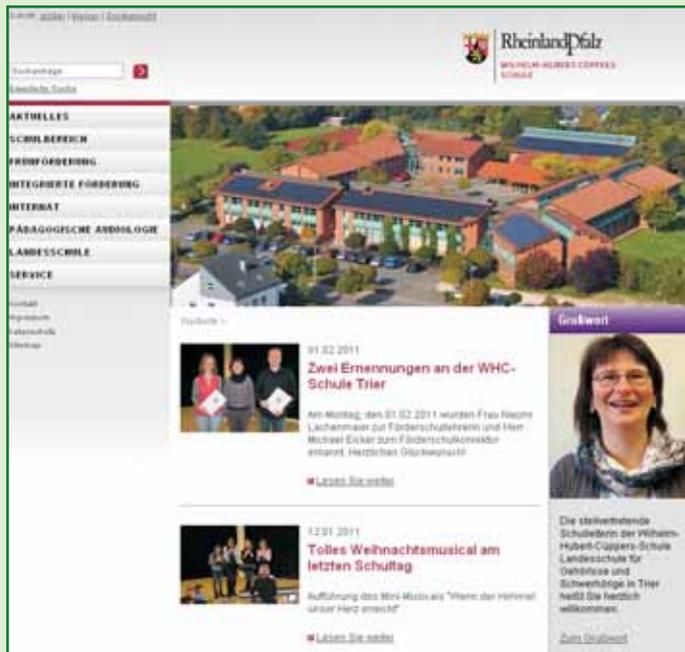
Seit zwei Jahren ist die Theater-AG nun auch ein fester Bestandteil im Angebot der Grundschule. Jedes Halbjahr können sich Grundschülerinnen und Grundschüler für darstellendes Spiel entscheiden und auf der Bühne ihr schauspielerisches Talent auf die Probe stellen.

Im Juni 2010 präsentierte die Grundschultheater-AG ihre neue Produktion nach dem Bilderbuch von Helme Heine „Der Boxer und die Prinzessin“: Um im Leben besser zu bestehen, verwandelt sich das eigentlich zarte und einfühlsame Nashorn Max Schritt für Schritt in einen starken Boxer mit Ritterrüstung. Er fühlt sich stark, erwachsen und rundum geschützt, nur die Kälte und die Einsamkeit finden noch einen Weg in seine Rüstung. Von nun an tut Max was er will, ohne Rücksicht auf

andere. Seine Eltern sind ratlos. Sie lassen ihn in die Welt ziehen, um sich mit anderen Dickhäutern zu messen. Eines Tages verliebt sich Max in eine Prinzessin. Aber die Prinzessin will keinen Boxer. Nach und nach legt das Nashorn seine Boxhandschuhe und die Ritterrüstung ab. Am Abend küsst er die Prinzessin, was ohne Helm viel schöner ist. Und jeder Kuss gibt ihm die Kraft von zehn Ritterrüstungen. Max heiratet die Prinzessin und wird der Lieblingskönig aller Nashörner.

Über ein halbes Jahr haben sich zehn Schauspielerinnen und Schauspieler im Alter zwischen sieben und elf Jahren mit der Geschichte vom empfindsamen Nashorn beschäftigt und das Stück mitentwickelt. Dabei haben sie auf der Bühne gezeigt, dass man mit Gefühlen und auf sanften Wegen mehr im Leben erreichen kann als mit Gewalt und Härte. Ein Happyend und ein großer Erfolg für die jungen Schauspielerinnen und Schauspieler, die nicht nur die kleinen Zuschauerinnen und Zuschauer faszinierten, sondern auch die Jugendlichen und Erwachsenen überzeugten und zum Nachdenken anregten.





Neue Internetpräsenz

Nach intensiver Vorbereitung war es im November 2010 endlich so weit: Die neu gestaltete Homepage der Wilhelm Hubert Cüppers-Schule Trier konnte ans Netz gehen. Sie entspricht nun dem neuen Corporate Design der Landesregierung. Auf der Startseite sind die aktuellsten Informationen und News direkt sichtbar, in den Menüleisten können vielseitige Informationen und Bilder von allen Bereichen der Einrichtung eingesehen und Serviceleistungen abgerufen werden. Auch die Webseiten von verschiedenen Einrichtungen und Behörden, die mit uns kooperieren, können unter den Links mit einem Klick aufgerufen werden.

Wir laden herzlich dazu ein, sich unter der Adresse www.whc-schule-trier.de ein Bild von dem umfangreichen Angebot der Einrichtung zu verschaffen.



Die Homepage der Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige in Neuwied wurde ebenfalls im Jahr 2010 nach diesen Vorgaben neu gestaltet, auch hier können unter der Adresse www.lgs-neuwied.de umfangreiche Informationen eingesehen und abgerufen werden.



Landesschule für Blinde und Sehbehinderte Neuwied: Der Schwimmbadbau kommt gut voran



Tulpenverkauf für einen guten Zweck



Wilhelm Hubert Cüppers-Schule Trier:

Schulchor bei der Einschulungsfeier



Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige Neuwied: Skifreizeit im Hochpustertal

UNSERE DIENSTSTELLEN

Mainz

Rheinallee 97-101
55118 Mainz
Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-310
Poststelle-mz@lsjv.rlp.de

Koblenz

Baedekerstraße 2-10
56073 Koblenz
Telefon 0261 4041-0 oder -1
Telefax 0261 4041-407
Poststelle-ko@lsjv.rlp.de

Amt für soziale Angelegenheiten Koblenz

Amtsleiter: Armin Glase
Baedekerstraße 12-20
56073 Koblenz
Telefon 0261 4041-0 oder -1
Telefax 0261 4041-407
Poststelle-asako@lsjv.rlp.de

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum

Hartmühlenweg 8
55122 Mainz
Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-142
Poststellespfz@lsjv.rlp.de

Landesschule für Blinde und Sehbehinderte

Feldkircher Straße 100
56567 Neuwied
Telefon 02631 970-0
Telefax 02631 970-180
Blindenschule-neuwied@
lbs-neuwied.lsjv.rlp.de

Amt für soziale Angelegenheiten Landau

Amtsleiterin:
Irmgard Rose-Natzschka
Reiterstraße 16
76829 Landau i. d. Pf.
Telefon 06341 26-1
Telefax 06341 26-287
Poststelle@asa-landau.lsjv.rlp.de

Landesprüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherung Rheinland-Pfalz

Mittlere Bleiche 53-57
55116 Mainz
Telefon 06131 497-3870
Telefax 06131 497-3899
Landespruefdienstrlp@
asa-mainz.lsjv.rlp.de

Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige

Elisabethstraße 46/48
56564 Neuwied
Telefon 02631 3426-0
Telefax 02631 3426-150
info@lgs-neuwied.de

Amt für soziale Angelegenheiten Mainz

Amtsleiterin: Heike Schückes
Schießgartenstraße 6
55116 Mainz
Telefon 06131 264-0
Telefax 06131 264-666
Poststelle@asa-mainz.lsjv.rlp.de

Landesprüfungsamt für Studie- rende der Medizin und Pharmazie Landesprüfungsamt für Psychotherapie

Schießgartenstraße 6
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2015
beicht.norbert@asa-mainz.lsjv.rlp.de

Wilhelm Hubert Cüppers-Schule Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige

Am Trimmelter Hof 201
54296 Trier
Telefon 0651 91035-0
Telefax 0651 91035-34
whc@whc-schule-trier.de

Amt für soziale Angelegenheiten Trier

Amtsleiter: N.N.
Moltkestraße 19
54292 Trier
Telefon 0651 1447-0
Telefax 0651 27544
Poststelle@asa-trier.lsjv.rlp.de



Internetadressen

www.lsjv.de
www.lsjv.rlp.de
www.landesamt.de
www.hauptfuersorgestelle.de
www.landesjugendamt.de
www.versorgungsamt.de

Die Organigramme der Ämter für soziale Angelegenheiten finden Sie auf unserer Homepage unter Downloads.

Rheinstraße 97-101
55118 Mainz
Postfach 2964
55019 Mainz
Telefon: 06131 987-0
Telefax: 06131 987-310

Baederstraße 2-10
56073 Koblenz
Postfach 300151
56026 Koblenz
Telefon: 0261 4041-0
Telefax: 0261 4041-407



Vizepräsident
Detlef Placzek
Tel.: KO-200

Präsident
Werner Keggenhoff
Tel.: MZ-301
Tel.: KO-266

Präsidentenbüro
Matthias Bolch
Tel.: MZ-308
Fax: MZ-353

Landesprüfamt für Kranken- und Pflegeversicherung
Rheinland-Pfalz
Ronald Eiker
Tel.: 06131 497-3870
Fax: 06131 497-3899

Abteilung 1
Zentrale Aufgaben
Detlef Placzek
Tel.: KO-200 Fax: 06131 987-12262

Assistenzkräfteteam
Harmut Neumann
Tel.: MZ-261 Fax: MZ-220

Referat 12
Personalangelegenheiten, Allgemeine Organisation, Innere Dienste, allgemeine und grundsätzliche Rechtsangelegenheiten der Abteilung 1, Bearbeitung von Grundsatzangelegenheiten im Rahmen des Tarifregisters sowie der Servicestelle LTGG und Aufgabendelegation an die Zweigstelle beim ASA Trier

Team 1
Personalangelegenheiten
Teamleiterin: Sandra Reinl
Tel.: MZ-381 Fax: MZ-220

Team 2
Personalentwicklung
Teamleiter: Winfried Fehlinger
Tel.: KO-264 Fax: KO-227

Team 3
Organisation
Teamleiterin: Nicole Rünz
Tel.: KO-262 Fax: KO-227

Team 4
Innere Dienste
Teamleiter: Wolfgang Hübner
Tel.: KO-259 Fax: KO-227

Abteilung 2
Versorgung
Jakob-Theo Schwanz
Tel.: KO-361 Fax: KO-345

Referat 21
Grundsatzangelegenheiten im SER (Versorgung), in Feststellungsverfahren nach SGB IX (im Verbandsrecht (SGB I und X)), Kapitalmaßnahmen

Referat 22
Grundsatzangelegenheiten im SER (Heil- u. Krankenbehandlung), Aufgabendelegation an die Zweigstellen

Team 1
Grundsatzangelegenheiten im SER (HUK)
Kriegsopferfürsorge
Teamleitung: Herbert Pung
Tel.: KO-230 Fax: KO-345

Team 2
Büfgeilverfahren nach SGB IX/1
Teamleitung: Svenja Pörling
Tel.: KO-301 Fax: KO-345

Referat 23
Durchführung von Sozialgerichtsverfahren im SER und in Feststellungsverfahren nach SGB IX, Regress u. Schadenersatz, Fachaufsicht über Terminsvertreter, Aufgabendelegation an die Zweigstellen

Frank Miltes
Tel.: KO-501 Fax: KO-291

Abteilung 3
Landesjugendamt
Birgit Zeller
Tel.: MZ-290 Fax: MZ-365

Referat 31
Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe, Landesjugendhilfesausschuss, Jugendbehörden, Jugendschutz, Jugendberuf, Jugendberufshilfe, Jugendberufshilfenplan

Referat 32
Psychosoziales Beratungswesen, Ambulante Hilfen zur Erziehung, Landesanstalt "Familie in der Rheinland-Pfalz", Bundesanstalt "Mutter und Kind", Aufgaben nach dem Landesgesetz zur Ausübung der Inszenierung

Referat 33
Gemeinsame Zentrale Adaptionstelle Rheinland-Pfalz und Hessen
Tel.: MZ-523 Fax: MZ-365

Referat 34
Hilfen zur Erziehung u. für junge Volljährige, Eingliederungshilfe, Vereinbarungen § 78a ff SGB VIII, örtliche Zuständigkeit u. Kostenerstattung, Kostenheranziehung, Bundeserziehungsleistung, Bundeserziehungsleistungsgesetz, Bundeserziehungsleistungsgesetz, Familienförderung

Referat 35
Schutz von Kindern u. Jugendlichen in Einrichtungen, Zentrale Beratungsstelle für Kinderschutz
Tel.: MZ-390 Fax: MZ-365

Referat 36
Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
Tel.: MZ-130 Fax: MZ-142

Abteilung 4
Soziales/Integrationsamt
Herbert Retelaki
Tel.: MZ-240 Fax: MZ-516

Team 1
Überörtlicher Träger der Sozialhilfe
Grundsatzangelegenheiten überörtlicher Träger der Sozialhilfe - SGB XII (außer 8. Kapitel), Geschulststelle Sonderschulen § 60 SGB XII, Integrations- und Leistungsrecht, Selbstbestimmtes Leben nach Maß und Persönliches Budget für Arbeit, Landesblindengeld

Team 2
Soziale Hilfen und Förderung
Grundsatzangelegenheiten, Einzelfälle und Teilhabekonferenzen § 67 SGB XII, 8 Kapitel, Sozialhilfe im Ausland und Hochschulhilfe, Kostenerstattung AG SGB XII, Förderungen Soziales, Breitetes Wohnen und Frauenprojekte, Clearingstelle illegale Drogen, Suchtlinien und sozioderapeutische Hilfen, Grundsatzangelegenheiten SGB IX, Integrationsämtern

Team 3
Kompetenzzentrum Soziales
Widerspruchs- und Klagebearbeitung, Landessozialplanung SGB XI und SGB XII, Controlling, Berichtswesen, Benchmarking, Angebots- und Trägermanagement, Steuerung der Zielentwicklungsprozesse, Beratung und Qualifizierung der Fachkräfte der Kommunen, Überörtliche Beratungsbehörde, Geschäftsführung LAG BiG

Team 4
Integrationsamt
Ausgleichsabgabe, Hausaufgaben, Inpatient- und stationäre, ambulante und teilstationäre Leistungen in Grundsträßen, Berater- und Ausschuss, Schulungen, Forschungs- und Modellomonen, Geschäftsführung Wider-spruchsausschuss, Abrechnung mit örtlichen Sozialhilfeträgern (SGB IX, XI, XII)

Team 5
Integrationsfachdienste
Grundsatzangelegenheiten und Maßnahmen, Integrationsfachdienste: Vermittlung, BBd und USB, Landespreis, Fortbildung Fachkräfte WiBm, Grundsatzangelegenheiten und Modellprojekt Förderung Gebärdensprachdolmetschen an Schulen, Landeskoordinierungsausschuss
Teamleiterin: Silvia Licht
Tel.: MZ-214 Fax: MZ-516

Abteilung 5
Öffentliches Gesundheitswesen und Pharmazie
Dr. Anton Miesen
Tel.: KO-244 Fax: KO-353

Referat 52
Öffentliches Gesundheitswesen
Ausbildungs- u. Prüfungsverfahren in Gesundheitsfachberufen, Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen, Rechts- u. Fachaufsicht über die Zentrale Stelle nach dem LKInSchUG, Aufgabendelegation an die Zweigstellen

Referat 53
Beruferecht der Heilberufe u. nach dem Psychotherapeutengesetz, Aufsicht über die Besonderekammern einschl. Versorgungs-einrichtungen u. Besonderekammern

Referat 54
Landesprüfamt für Studierende der Medizin und Pharmazie, Landesprüfungsamt für Psychotherapie
Tel.: MZ-16-5417 Fax: MZ-16-2015

Referat 55
Pharmazie, Aufgabendelegation an die Landesprüfungsämter für Arzneimittel-, Medizinprodukte und PTA-Wesen, Aufgabenkoordination
Tel.: KO-211 Fax: KO-353

Referat 56
Pharmazie, Aufgabendelegation an die Landesprüfungsämter für Arzneimittel-, Medizinprodukte und PTA-Wesen, Aufgabenkoordination
Tel.: KO-214 Fax: KO-353

Referat 57
Pharmazie, Aufgabendelegation an die Landesprüfungsämter für Arzneimittel-, Medizinprodukte und PTA-Wesen, Aufgabenkoordination
Tel.: KO-209 Fax: KO-353

Abteilung 6
Qualitätssicherung im Sozialen Bereich
Luiz Spannagel
Tel.: MZ-210 Fax: MZ-510

Referat 61
Beratungs- und Prüfbehörde nach dem LWVG, Aufgabendelegation an die Zweigstellen

Referat 62
Vergütungsangelegenheiten nach dem SGB XI, Vergütungsangelegenheiten im Matrikelvorgang, Ausgleichsverfahren nach der AIFPIAGVVO
Tel.: MZ-273 Fax: MZ-510

Referat 63
Förderung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, Europäischer Sozialfonds, Aufgabendelegation an die Zweigstelle beim ASA Landau
Tel.: MZ-461 Fax: MZ-510

Referat 64
MafRreplevzengesetz, Aufsicht nach dem PsychKG
Tel.: MZ-269 Fax: MZ-510

Referat 65
Investive Förderung und Finanzierung von Einrichtungen für behinderte Menschen, Vergütungsangelegenheiten nach dem SGB XII, Landeschulen für Sinnesbehinderte
Tel.: MZ-544 Fax: MZ-510

Referat 66
Investive Förderung und Finanzierung von Einrichtungen für behinderte Menschen, Vergütungsangelegenheiten nach dem SGB XII, Landeschulen für Sinnesbehinderte
Tel.: MZ-544 Fax: MZ-510

Bezirkspersonalratsvorsitzender:
Aadbert Dornbusch
Tel.: KO-295

Gesamtpersonalratsvorsitzender:
Manfred Dornbusch
Tel.: MZ-370

Vorsitzende der örtlichen Personalvertretungen:
Thomas Zeuthen
Tel.: KO-307
Mainz: Benno Neuhaus
Tel.: MZ-523

Bezirksschwebehindertenvertretung:
Ernstbert Barnd
Tel.: 06131 264-229

Gesamtschwebehindertenvertretung:
Renfried Bauer
Tel.: MZ-347

Schwebehindertenvertretungen:
Koblenz: Dippelbecker,
Hens-Joachim
Mainz: Manfred Milke
Tel.: MZ-370

Gleichstellungsbeauftragte:
Nicole Klötz
Verretlerin:
Monika Mintgen
Tel.: MZ-271
Tel.: KO-212

Baufraege für den Datenschutz:
Traudl Botheimer
Tel.: MZ-268

Herausgegeben vom

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist nach ISO 9001 : 2008 zertifiziert.

Gesamtleitung

Werner Keggenhoff

Redaktionsteam

Matthias Bolch, Peter Gilmer, Silvia Kitzinger, Andreas Krieger, Wolfgang Mosmann, Michael Roth, Manfred Simon, Achim Unkelbach

Layout und Satz

Martina Glaß

Fotos und Abbildungen

Kalender „Behinderte Menschen malen“

Titelbild	Juli 2011, Eugenia Graf, Lebenshilfe Werkstatt, Konz (Ausschnitt)
Bild Seite 6	Ausstellung zum Kalender 2011, Daniela Seis, Zoarwerkstätten, Heidesheim
Bild Seite 10	Juni 2007, Thomas Erfort, St. Johannes, Ludwigshafen
Bild Seite 18	August 2011, Heidi Plonies, St. Josefs Werkstätten, Plaidt
Bild Seite 26	November 2005, Gemeinschaftsarbeit Tagesförderstätte Diakonie Werkstätten, Meisenheim (Ausschnitt, gedreht)
Bild Seite 34	März 2006, Kurt Bormann, St. Paulusstift, Landau-Queichheim (Ausschnitt)
Bild Seite 38	Mai 1986, P. W., Werkstatt für Behinderte, Blickhauserhöhe (Ausschnitt)
Bild Seite 40	Mai 2011, Nicole Dittmar, Ev. Diakoniewerk Zoar, Inkenthalerhof, Rockenhausen
Bild Seite 44	Dezember 2009, Sabine Haase, Rhein-Mosel-Werkstatt, Betriebsstätte Weißenthurm
Bild Seite 48	September 2008, Ulrike Jarzombek, Therapiezentrum Bassenheim (Ausschnitt)
Bild Seite 54	September 2007, Werner Krames, Therapiezentrum Bassenheim (Ausschnitt)

Bilder Seite 3	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
Bild Seite 11	© Franz Pfluegl – Fotolia.com
Bild Seite 15, Mitte	MACH AG
Bild Seite 16	© TheSupe87 – Fotolia.com
Bilder Seite 23, 24	© Klaus Benz, Mainz
Bilder Seite 25, 52, links	Privat
Bild Seite 28	Pflegestützpunkt Koblenz
Bild Seite 29	Stiftsgut Keysermühle
Bild Seite 31	Wohnungslosenhilfe kreuznacher diakonie
Bild Seite 32, links oben	Trierischer Volksfreund
Bilder Seite 32, rechts unten, Seite 45 unten	Boehringer Ingelheim do Brasil
Bild Seite 33, links Mitte	berufundfamilie gemeinnützige GmbH
Bild Seite 41	© Yuri Arcurs – Fotolia.com
Bild Seite 42	© beerkoff – Fotolia.com
Bild Seite 43	© blondsteve – Fotolia.com
Bild Seite 46	© picsfive – Fotolia.com
Bild Seite 47	© Helder Almeida – Fotolia.com

Übrige Bilder Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG

Rheinallee 97-101
55118 Mainz

Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-310

poststelle@lsjv.rlp.de
www.lsjv.rlp.de